SONDERNUMMER ZUM SPARTACUSBUND

Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr.11 | November 1975 | 0,50 DM

Briefwechsel zwischen TLD und Spartacusbund

Revolutionäre Umgruppierung gegen zentristische Haltlosigkeit

„Vor allem müssen ein für alle mal die prinzipiellen politischen Fragen ganz entscheidend von personellen Zusammenstößen und Brüchen getrennt werden... Die ganze Geschichte der revolutionären Bewegung aller Länder zeigt, daß Gruppen, die in ideologischen Kämpfen zu bitterem personellem Streit Zuflucht nehmen, ein Hindernis geworden sind. ..“ *(Writings of Leon Trotsky (1930/31),* New York 1973, S. 154)

Die TLD hat mit ihrem Brief vom 18. August 1975 dem Spartacusbund „ernsthafte Diskussionen“ vorgeschlagen, „Diskussionen, die zu prüfen haben, ob sich eine Grundlage für zukünftige Fusionsverhandlungen entwickelt“. In organisierten Diskussionen sollte eine ernsthafte politische Auseinandersetzung über programmatische Fragen (d.h. vor allem über die Differenzen zwischen unseren beiden Organisationen) beginnen. Nach ca. zwei Monaten hat nun das Spartakusbund-Zentralkomitee unseren Vorschlag als „unernsthaft“, „unüberlegt“ und „jeder realen Grundlage entbehrend“ zurückgewiesen. Wir dokumentieren in dieser Sonderausgabe der *Kommunistischen Korrespondenz* diese Ablehnung, um die wirkliche Unernsthaftigkeit und den Cliquencharakter der dafür verantwortlichen Spartacusbund-Führungsgruppe öffentlich bloßzustellen.

Dieser Ablehnung war im August eine unmittelbare Reaktion vorausgegangen, in der versucht wurde, eine politische Auseinandersetzung vom Erhalt historischer Dokumente abhängig zu machen (offensichtlich wohlwissend, daß unsere internationale Tendenz Dokumente der Arbeiterbewegung in einer systematischen und umfassenden Weise archiviert, die den geschichts- und traditionslosen Gruppen und Organisationen wesensfremd ist, und offensichtlich annehmend, wir würden als Leihbibliothek fungieren). Wir haben aber dieses vorgeschobene Hindernis sofort beseitigt und unsere Diskussionsbereitschaft erneut bekräftigt. Daraufhin hüllte sich die Führung des Spartacusbundes in Schweigen. Unsere Anfrage schien ihm eh nicht wichtig, konnte er doch erstmals über einige internationale Kontakte schwelgen (wir werden darauf noch später zurückkommen; vorerst siehe zum österreichischen Blockpartner des Spartacusbundes: ÖBL-*Bulletin* Nr. 7). Nicht nur die Hinauszögerung einer Antwort, sondern auch die Angriffe auf unsere Tendenz, die die neuen Freunde (um die Zeitschrift *Spartacus*-Wien) starteten, zeigten klar: eine positive Antwort war von der Führung der Organisation kaum zu erwarten.

Ende September begann der Spartacusbund - getreu seiner Übertragung der Normen einer leninistischen Einheitsfrontpolitik „Einheit der Aktion - Freiheit der Kritik“ auf seine vorgeblich bolschewistische Organisation — öffentlich seine fraktionellen Auseinandersetzungen über Portugal auszutragen. Wir haben dies zum Anlaß genommen, 1) erneut (am 11. Oktober 1975) unsere Diskussionsbereitschaft zu bekräftigen, 2) programmatische Kernpunkte des Spartakusbund-Revisionismus am Beispiel Portugal zu kritisieren und 3) auf Tendenzen im Spartacusbund hinzuweisen, die eindeutig in eine konterrevolutionäre Richtung weisen. Erst danach erfolgte die Absage vom ZK des Spartacusbundes.

Portugal: Spartacusbund am Scheideweg . . . 12

Hinter dem Antwortbrief des Spartacusbundes steckt eine Methode: Cliquismus

Wir finden in dem Absagebrief kein einziges entwickeltes politisches Argument. Der Brief ist ein einziges Ausweichen vor der politischen Auseinandersetzung. Die Hinweise auf alte, längst gewogene und für zu leicht befundene Publikationen des Spartacusbundes werden ergänzt mit Versprechungen von zukünftigen Artikeln. Was vor allem ins Auge springt, ist aber, daß die Führung des Spartacusbundes nicht um Ideen kämpft, nicht programmatische Fragen gegeneinander konfrontiert; sie beschäftigt sich vielmehr mit der Entwicklung von Individuell, mit ihrer Vergangenheit in Organisationen wie dem Spartacusbund, mit einem angeblich „berüchtigten“ Menschenmaterial der TLD! Formulieren wir mit Trotzki, was dieser Brief folglich zeigt: „Tatsächlich ist es das Bild einer Clique, d.h. einer Gruppe, die sich um Personen kümmert, nicht um Ideen“ (a.a.O., S. 154).

Cliquismus ist die systematische Unterordnung programmatischer Fragen unter persönliche Angelegenheiten. Er ist ein politisches Phänomen und nicht eine persönliche Beleidigung. Shachtman, 1936 noch vereint mit Cannon im Kampf gegen die Abern-Clique Inder amerikanischen Workers Party, Schrieb gegen den Einfluß der Clique um Martin Abern:

> „Die Jugend muß im Geist des revolutionären Marxismus, der prinzipienfesten Politik, trainiert werden. Durch ihren Kreislauf muß eine starke Widerstandskraft gegen das Gift der cliquistischen Politik, des Subjektivismus, des persönlichen Kombinationismus, der Intrige, der Gerüchte fließen. Sie muß lernen, durch alle Oberflächlichkeiten hindurchzustoßen und zum Wesen jedes Problems zu gelangen. *Sie muß lernen, politisch zu denken, ausschließlich durch politische Überlegungen geleitet zu werden. . .* “
> (zitiert nach: Cannon, *The Struggle for a Proletarian Party,* New York 1972, S. 41, unsere Hervorhebung).

Gerade diese Fähigkeit hat der Spartacusbund offensichtlich nie gelernt.

Die TLD hat eine Vergangenheit; aber diese Vergangenheit ist nicht gleichzusetzen mit der von einzelnen Genossen, die aus verschiedenen Organisationen stammen, die politisch sich nicht qualitativ vom Spartacusbund unterscheiden (die deutsche VS-Sektion, IKD, Spartacus-BL und Spartacus KJO). Ihre Vergangenheit ist die Kontinuität der internationalen Spartacist Tendenz, die 1961-63 in Form der „Revolutionären Tendenz“ und der Gruppe Spartacist im Kampf gegen die Rechtsentwicklung der SWP entstanden ist (und über die revolutionäre Tradition der SWP bis Ende der 50er Jahre eine direkte Kontinuität mit der Entstehung des amerikanischen Trotzkismus im Jahre 1928 durch Cannon bewahrt). Der Spartacusbund hat keine Anstalten gemacht, sich mit der politischen Vergangenheit der TLD auseinanderzusetzen — sein ZK zog in klassisch cliquistischer Manier die Verleumdung von Individuen vor.

Diese „Methodik“ hat eine lange Geschichte. Nicht der erste, aber ein „ehrwürdiger“ Vertreter dieser Richtung war Grigori Sinowjew (unter anderen „alten Bolschewiki“), der, anstatt sich mit seinen programmatischen Differenzen zu Trotzki zu befassen, Trotzki als Gründer des „Augustblocks“ und „Versöhnler“ diffamierte. (Nicht beachtet wurde, daß Trotzki sowohl seine frühere Position „zwischen den Fraktionen“ wie die Gründung des „Augustblocks“ als ernsthafte politische Fehler längst schärfstens kritisiert hatte.) Aber der Spartacusbund steht sogar in der „Kontinuität“ mit der sozialchauvinistischen Mehrheit der SPD im Ersten Weltkrieg, die versucht hat, Franz Mehring als ehemaligen bürgerlichen Liberalen zu diskreditieren, um seiner revolutionären Argumentation gegen den Krieg auszuweichen.

Unsere Tendenz hat nicht nur vom Spartacusbund rekrutiert, sondern auch vom Vereinigten Sekretariat, von den Healyisten und Lambertisten, von den Moskau-Stalinisten wie massiv von den Maoisten. Entscheidend ist, daß diese Genossen den *politischen Bruch* mit ihrer zentristischen oder reformistischen Vergangenheit vollzogen haben. Diese Tatsache steht im schroffen Gegensatz zu führenden Mitgliedern des Spartacusbundes, die ihre „Kontinuität“ in der zentristischen Tradition der IKD und BL sehen. (Scholl u.a. in ihrer Portugal-Broschüre auf S. 26 über eine Position im Spartacusbund: „Sie ist Ausdruck eines jugendlichen Radikalismus, der einer seit sieben Jahren arbeitenden trotzkistischen (!?) Organisation schlecht ansteht.“ Also ,die Kontinuität des Spartacusbundes steht in direkter Verbindung mit der KJO und sogar mit der Gründung des keineswegs vorgeblich trotzkistischen Initiativausschusses für eine Revolutionäre Jugendorganisation im Jahre 1968!)

Diese Methode fordert ihren Preis: Kleine Fälschungen

Die Vorwürfe ihr Brief des Spartacusbundes vom 15. Oktober 1975 sind aber nicht nur unmarxistisch in ihrer

Methode, sie entbehren völlig des bloßen Scheins einer Übereinstimmung mit empirischen Fakten. So schreibt der Spartacusbund: „Die .Elemente unserer Selbstkritik1, die ihren Niederschlag auf der 5. Bundeskonferenz fanden, sind zum größten Teil seit der Fusion, oder kurz danach, zumindest von Teilen *unserer* Organisation vertreten worden, und zwar ohne daß dies auf den Einfluß der TLD bzw. der SL/USA zurückzuführen ist.“ Der erste Teil dieser Behauptung ist sicher richtig, wenn man nicht übersieht, daß *aus dem Spartacusbund selbst* seit seiner Gründung zwei linke politische Oppositionen entstanden sind (die von Anton G. und die der Trotzkistischen Fraktion), die mit dem Zentrismus brachen und zur internationalen Spartacist Tendenz nach ihrem Ausschluß gekommen sind. Zum zweiten Punkt können wir nur bemerken, daß das Urheberrecht richtiger politischer Kritik uns nicht unbedingt interessiert, sondern die Fragen, welche Konsequenzen daraus gezogen werden und ob man für solche Positionen kämpft. Aber nehmen wir uns die Beispiele des Spartacusbundes einmal vor:

1) Kritik der Spartacusbund-Maipolitik 1974: In seinem Dokument vom 13. Februar 1974 („Eine ernsthafte Wende tut not“), d.h. mehrere Monate vor der Selbstkritik der OG Berlin, polemisierte Anton G. gegen die geplanten Propagandablöcke zum 1. Mai (die auch das Modell lieferten für die „taktischen Grundlinien“ des Spartacusbundes vom Juni 1974).

„Verräterisch sind oft nicht die schriftlichen Dokumente - nein, nicht umsonst ist Zentrismus revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten. Verräterisch ist die Praxis, so etwa die Diskussionen über die Perspektive zum 1. Mai, wo in den alten Leitungsgremien ZK und ZL nicht nur diskutiert worden ist, gewerkschaftsoppositionelle Blöcke anzustreben, sondern zudem noch .Minimalplattformen1 nötig werden, ‚auf die wir uns gemeinsam mit Zentristen u.a. einigen können1 (Protokoll vom 12./13.1.74)!!11 (zitiert nach: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 4, Juli 1974).

Die Spartacusbund-Führung sollte versuchen, die Dokumente hervorzubringen, wo sie (oder ein Teil von ihr) zu dieser Zeit hart Stellung gegen diese Politik genommen hat! Anton G. wurde wegen seiner politischen Positionen *ausgeschlossen.* Das ist die Kontinuität des Spartacusbundes.

Nicht nur Anton G. hat die Frage von Propagandablöcken schon *vor* dem 1. Mai aufgeworfen. Das Berliner Komitee (Vorläuferorganisation der TLD) geißelte diese menschewistische Blockpolitik bei der 1. Mai-Veranstaltung des Spartacusbundes in Berlin und in ihrem Flugblatt zum 1. Mai (mit der Überschrift „Statt revolutionärer Politik: ein verrotteter Block!“):

„Der ‚klassenkämpferische Block' (des Spartacusbundes, des KABB und der GIM, d.Verf.) ist keine Aktionseinheit, sondern lediglich ein Versuch der .Propaganda-Einheit[1] — und das heißt auf gut bolschewistisch: Liquidation. .. Schönstes Beispiel der politischen Liquidation ist der ‚Offene Brief an die Genossen der SEW’, unterzeichnet von Spartacusbund, GIM und KABB.. . Das einzige, was dieser Brief der SEW vorzuwerfen hat, ist: .Hier hat Eure Parteiführung die Lage falsch eingeschätzt.[1] Stalinismus, der von der ‚Sozialfaschismus’- Ideologie über die Volksfront die prinzipielle leninistische Taktik der Einheitsfront bekämpft hat, wird gelobt — als Vorkämpfer der Einheitsfront.. . Von der trotzkistischen Analyse des Stalinismus als konterrevolutionärer, bürokratischer Strömung in der Arbeiterbewegung (‚Menschewismus zweiter Instanz’) findet man keine Spur. ..“

Entgegen der Behauptung des Absagebriefes wurde die „Selbstkritik“ der OG Berlin von einer Leitung geschrieben, die ein späteres Mitglied der Trotzkistischen Fraktion einschloß.

2) Hinter der lapidaren, Zustimmung erheischenden Formulierung, der Spartacusbund müßte „den Versuch eines *Eurer* heutigen Genossen abwehren, die Aufstellung von Sozialplänen (kombiniert mit Übergangslosungen!!) zu befürworten“, versteckt sich eines der entlarvendsten praktischen Beispiele der gerade nicht an wirklicher Praxis reichen Politik des Spartacusbundes, das Übergangsprogramm zu „konkretisieren“. So wie Mandel die Arbeiterkontrolle in die kapitalistischen Betriebe hinein institutionalisieren will, deformierte der Spartacusbund die Forderung der gleitenden Skala der Arbeitszeit und Löhne zu einem reformistischen Blindgänger, durchsetzbar in einem konkret überschaubaren Bereich als Antwort auf die Krise eines Unternehmens und vollständig getrennt von der Perspektive der durch die proletarische Staatsmacht erst ermöglichten gesellschaftlichen Planung. Demgegenüber muß betont werden, daß das System der kapitalistischen Anarchie durch das proletarische System der gesellschaftlich organisierten Produktion überwunden werden muß. Konkrete Ansätze dazu auf Betriebs- und Branchenebene realisieren zu wollen, war den utopischen Sozialisten vor Marx würdig - wir Marxisten bekämpfen solche Vorstellungen einer kleinbürgerlichen Idylle. Unsere Propaganda - und zu gegebener Zeit auch Agitation - für die Mobilisierung des Proletariats zum Sturze des Kapitalismus macht uns nicht gleichgültig gegenüber den täglichen Nöten der werktätigen Massen. Es ist in bestimmten Situationen prinzipiell korrekt, etwa für Umschulungsmaßnahmen einzutreten, um die unvermeidliche Konsequenz kapitalistischer Rationalisierung, die Arbeitslosigkeit, zu bekämpfen, auch wenn das gesellschaftliche System, das sie verursacht, noch nicht im Sturm gestürzt werden kann. Wir wollen gegen die vom Spartacusbund in unserer Position vermutete dualistische Trennung („linkes Gerede und Opportunismus in der Praxis“) ein einfaches Argument setzen: Wir bekämpfen die Arbeitslosigkeit grundsätzlich; das ist jedoch kein Hinderungsgrund für uns, dem Kampf ebenfalls um die Höhe und die Modalitäten der Auszahlung des Arbeitslosengeldes (allerdings „kombiniert mit Übergangslosungen!!“) aufzunehmen.

3) Die Bemerkungen des Spartacusbundes zur 3. Bundeskonferenz bedürfen auch einer „kleinen“ Berichtigung

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

Nur zwei westdeutsche Delegierte sprachen bei dieser Gelegenheit gegen die opportunistischen „Grundlinien“ des Spartacusbundes (die in den nächsten Monaten wiederholt von der TLD als menschewistisch und liquidatorisch angegriffen wurden). Einer dieser Delegierten war aus Köln, ein späteres Mitglied der Trotzkistischen Fraktion. Wie viele gegenwärtige ZK-Mitglieder des Spartacusbundes standen in dieser Frage auf der anderen Seite? Auch dazu sollte sich der Spartacusbund äußern.

4) Wenn der Spartacusbund hervorhebt, daß ‚*gerade* führende Genossen Eurer Organisation Mitverantwortung“ für die Nationalborniertheit der IKD tragen, muß man sich wundern, ob solche Vorwürfe überhaupt ernst gemeint sind. Wir übernehmen keine Verantwortung für die IKD, nur weil wir ein ehemaliges Leitungsmitglied (seit 1971 nicht mehr Mitglied der IKD!) dieser Organisation rekrutiert haben (im Spartacusbund befinden sich gegenwärtig mehr ehemalige Mitglieder und auch mehr Leitungsmitglieder der IKD als bei uns, also was soll’s). Allerdings müssen wir betonen, daß zwei politische Tendenzen aus dem Spartacusbund ausgeschlossen wurden, als sie u.a. diese Nationalborniertheit hervorgehoben haben - und zwar von einem Block der späteren offenen Liquidatoren („Bolschewistische Tendenz“) mit der gegenwärtigen Führung des Spartacusbundes (Tendenz 1).

Allerdings sind wir stolz darauf, daß beispielsweise bei den ZK-Mitgliedern der TLD die durchschnittliche Zeit ihrer Erfahrungssammlung in vorgeblich leninistischen Organisationen ca. 10 Jahre beträgt (auch wenn wir wissen und das vermag der Spartacusbund beim besten Willen nicht zu erahnen —, daß diese Jahre nicht ein Jahr der wirklich leninistischen Praxis der internationalen Spartacist Tendenz aufwiegen können).

Warum dokumentiert diese Absage des Spartacusbundes die Unernsthaftigkeit seiner Führung ?

Unser Angebot wird als Heuchelei interpretiert. Zwei wesentliche Argumente werden zur Begründung angeführt.

1) Die internationale Spartacist Tendenz ignoriere die wirklichen Positionen des Spartacusbundes, sie habe eine Methode „blanker Denunziationen und Verleumdungen“. So haben beispielsweise die ÖBL in ihrem *Bulletin* die SPD-Position des Spartacusbundes in der Formulierung gleichgesetzt mit den Positionen von GIM-Kompaß und IKD, obwohl der Spartacusbund doch öffentlich scharf dagegen polemisiert hat. Das ist richtig. Doch haben wir schon in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 7 dazu geschrieben:

> „Wir wissen, mit dieser Formel (der bürgerlichen Partei, die sich auf die Arbeiter stützt) kann die Sozialdemokratie durchaus korrekt charakterisiert werden. . . Diese Formel kann aber auch dazu dienen, die wesentliche Charakterisierung der Sozialdemokratie als einer klassenwidersprüchlichen Partei zu negieren — wie es in einer bestimmten Phase der Auseinandersetzung zwischen einem Vorläufer des Spartacusbundes, Spartacus- BL und uns von seiten der BL geschehen ist; denn diese Formel kann die wesentlichen Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie auf der einen Seite und der Demokratischen Partei in den USA oder Peronismus in Argentinien auf der anderen verkleistern helfen... Solche wesentlichen Unterschiede faßt man in marxistischen Begriffen; Formeln, die gegenüber solchen Unterschieden indifferent sind, sind leere Worte.“

Von dieser Indifferenz kommt es her, daß der Spartacusbund trotz seiner theoretischen Artikel für den Studierstubengebrauch stets praktisch Positionen vertritt, die dem Revisionismus der Neuen Linken (und da kommt ja die falsche SPD-Position her) entsprechen. Man lese nur in seiner Flugschrift zur Jugendarbeitslosigkeit, wie dort die SPD völlig mit CDU und FDP gleichgesetzt wird. (Z.B. S. 24: „Wer heute für diese Forderungen *kämpft*, der wird das gegen die bürgerlichen Parteien (CDU, SPD, FDP. . .) tun müssen.“ Hier tut sich der Spartacusbund selber genau das an, was er den ÖBL vorwirft.) In der Portugalbroschüre von Scholl u.a. wird dagegen der umgekehrte Weg eingeschlagen. Um den Charakter der „bürgerlichen Arbeiterpartei“ klarzumachen, unterstreicht diese Tendenz die Formulierung „die sich auf die Arbeiter stützt“ (siehe z.B. S. 35), allerdings nähert sie sich inhaltlich einer Position der Nachtrabpolitik gegenüber der momentan eine offen konterrevolutionäre Rolle spielenden PSP. — Der Spartacusbund hat unsere Antwort in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 7 auf seine SPD-Analyse völlig ignoriert.

Ebensolche Ignoranz bewies der Spartacusbund in der Nahostfrage: Schon in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 1, Februar 1974, hatten wir die Kapitulation des Spartacusbundes vor dem arabischen Nationalismus en detail analysiert; seitdem zirkulieren zwar noch intern einige Dokumente im Spartacusbund, die aber unserer Kenntnis nach kein einziges „neues“ Argument brachten, was bleibt also? Die Vertröstung auf zukünftige Publikationen. — Auf die von uns nachgewiesene Entstellung von Trotzki-Zitaten, um die Spartacusbund-Positionen zu belegen, wurde nie öffentlich Stellung genommen, obwohl privat zugegeben (die Redaktion sei daran schuld, nicht der Verfasser).

Schließlich hätten wir dem Spartacusbund zur Frage der Volksfront nichts entgegenzustellen! In gewisser Weise ist das allerdings wahr: Wir haben bisher noch nie in einer vergleichbaren Weise kapituliert, wie es der Spartacusbund mit seiner Wahlunterstützung für die französische Volksfront tat. (Siehe *Spartacus* Nr. 4, 1.5.74, wo der Spartacusbund die „Notwendigkeit eines *taktischen* Eingehens auf die Illusionen der Arbeiter (u.a. Unterstützung Mitterands im zweiten

Folgende Auseinandersetzungen mit der zentristischen Politik des Spartacusbundes finden sich in älteren Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz*

Nr. 1:	Kapitulation vor dem arabischen Nationalismus
Nr. 2:	Der Spartacusbund zur Frauenfrage
Nr. 4:	Dokumente einer bolschewistischen Opposition im Spartacusbund (bes. zum Programmverständnis und zu Grundfragen der proletarischen Orientierung)
Nr. 6:	Wahlpolitik des Spartacusbundes
Nr. 7:	Polemik gegen die SPD-Position des Spartacusbundes
Nr. 8:	Fraktionelle Differenzierung im Spartacusbund und Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion
Nr. 9:	„Internationalismus" des Spartacusbundes. Polemik gegen Positionen des Spartacusbundes zu Portugal

Eine Zusammenstellung dieser 7 Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz,* ergänzt mit einigen Flugblättern, in denen wir gegen den Spartacusbund polemisieren, kann zum Preis von 5,- DM bestellt werden.

Der Spartacusbund weist in seinem Brief vom 15.10.75 unsere Charakterisierung seiner Politik als die einer prinzipienlosen Blockbildung „gerade in der Solidaritätsbildung zur portugiesischen Revolution" zurück. Sein Zentralorgan Nr. 19 dokumentiert aber recht deutlich seinen Appetit nach einem solchen Block. Auf dem nationalen Treffen vom 10. August hatte er sich noch stark gemacht für einen gemeinsamen Portugal-Nachrichtendienst, um eine „Gegenöffentlichkeit" breit zu organisieren. Er wandte sich erst gegen einen Propagandablock, als ihm seit dem zweiten Treffen in Frankfurt das Heft aus der Hand entglitten war — ohne zu erkennen, daß die prinzipienlose Blockbildung Konsequenz seiner „Gegenöffentlichkeit" war. Grundlagen für den beabsichtigten Propagandablock waren nach Spartacus Nr. 19:


spartacus

BRD & NATO: Hände weg von Portugal!

Offener Brief für eine breite Solidaritätsbewegung

Betriebsbesetzung illegalisiert

Inhalt

Wir halten den Betrieb besetzt

OFFENER BRIEF an alle Gewerkschaften; Organisationen, Parteien und Verbände der Arbeiter, Angestellten, Studenten und der Jugend; Gruppen, Organisationen und Vereinigungen der portugiesischen und spanischen Immigranten in der BRD; antimilitaristische Organisationen und Gruppen; antiimperialistische Solidaritätskomitees, Gruppen und Organisationen; humanitäre und fortschrittliche kirchliche Organisationen; an alle Arbeiter in den Betrieben und in Uniform.

Solidarität mit der portugiesischen Revolution heißt hier und heute:

- Durch systematische antimilitaristische Arbeit von innen und aussen die Bundeswehr für eine Intervention unbrauchbar machen.
- Durch militante Aktionen verhindern, daß Waffenlieferungen an die portugiesische Reaktion gelangen, und daß z.B. die Bundesmarine aus den *Hafenstädten nach Portugal auslaufen kann.*
- Den Arbeitern der Konzerne, die in Portugal investieren, die Bedeutung der Wirtschaftsblockade (Beispiel Chile) vermitteln, Kampfmaßnahmen in den entsprechenden Betrieben organisieren.
- Breite Organisierung einer Gegenöffentlichkeit, welche die portugiesischen Klassenkämpfe dokumentiert und alle imperialistischen Manöver denunziert.
- Schließlich die materielle Unterstützung der kämpfenden Genossen und ihrer Organisationen.

Wahlgang)“ betont.) Wir stehen nicht unter dem Zwang, permanent neue Dokumente zu zentralen Fragen des Klassenkampfes erarbeiten zu müssen. Unsere Stellung zur Volksfront ist durch Trotzki und die Vierte Internationale genügend geklärt. Es gibt nicht nur Dutzende von Artikeln zum Verrat der Volksfront in Chile, zur Volksfrontpolitik in Frankreich und Portugal. Die Spartacusbundführer sollten auch wissen, daß trotzkistische Fraktionen, die aus pabloistischen Organisationen in diversen Ländern ausgeschlossen wurden (in Frankreich, Kanada und anderswo) ebenso wie die aus dem Spartacusbund ausgeschlossenen Trotzkisten stets die Frage der Volksfront, d.h. die unversöhnliche Klassenopposition gegen die offene Klassenkollaboration, betont haben. Der Spartacusbund unterschätzt dagegen offensichtlich die Gefahr, die von konterrevolutionären Klassenblockregierungen, d.h. bürgerlichen Regierungen mit der Arbeiterklasse als Geisel, ausgeht. Am krassesten kommt diese Unterschätzung in *Ergebnisse und Perspektiven* Nr. 3 zum Ausdruck, wo der Spartacusbund feststellt, man hätte „in den Wählen vom September 1970 aber den Präsidentschaftskandidaten Allende unterstützen müssen. ..“ (S. 61). Erst bei den März-Wahlen 1973 (d.h. zu einer Zeit, als die Putschisten schon paktierten und die Arbeiterklasse stark durch die Erfahrung mit der Volksfront demoralisiert war) hätte man „im ganzen Land Kandidaten gegen die Volksfront aufstellen müssen.“ (S. 62). Diese Position hat wahrlich wenig mit der von Lenin 1917 gegenüber der Provisorischen Regierung in Rußland vertretenen Position gemeinsam: *keinerlei* Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen. . .“ (Aprilthesen, Nr. 3, unsere Hervorhebung).

Wir haben des öfteren gegen Positionen polemisiert, die die Spartacusbund-Führung in ihren revisionistischen Dokumenten publiziert hat; so zuletzt in unserem Brief vom 11. Oktober, wo wir explizit auf die Passage zur Arbeiterregierung aus dem gelobten Volksfront-Dokument eingegangen sind und seine prinzipielle Übereinstimmung mit anderen revisionistischen Tendenzen, die sich fälschlicherweise auf den Trotzkismus berufen wie OCI, IK und beide Flügel des VS, herausgearbeitet haben. Dennoch schreibt das ZK, wir hätten dem nichts entgegenzusetzen. Werden unsere Briefe und Publikationen ungelesen in den Papierkorb geworfen?

Volksfront und Koalitionsregierungen

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, den Spartacusbund-Angriff gegen die ÖBL zu behandeln. Angriff ist hier etwas übertrieben, die Argumentation des Spartacusbundes beschränkt sich auf zwei Worte: „Kommentar überflüssig.“ Die ÖBL haben im *Bulletin* Nr. 6 hervorgehoben, daß die SPÖ in Richtung einer Koalitionsregierung SPÖ-FPÖ hin- steuerte. Dafür waren Testkoalitionen auf kommunaler Ebene wie gemeinsame Auslandsreisen von Kreisky (SPÖ) und Peter (FPÖ) Indizien. Nicht aber die *einzigen* Indizien - Kreisky äußerte sich z.B. folgendermaßen zur Frage der Koalition: „Lieber kleiner als größer“. Die Position

der ÖBL wurde nach den Wahlen nachträglich durch eine ungewöhnliche Episode bestätigt - trotz absoluter Mehrheit für die SPÖ. Kurz nach den Wahlen wurde Peter von Simon Wiesenthal (konservativer Nazi-Fänger) als ehemaliger Offizier in einem SS-Mordbataillon entlarvt. Kreisky, wie Wiesenthal jüdischer Abstammung, reagierte mit massiven Angriffen gegen . .. Wiesenthal. Was sei der Grund für den „Mafia"-Angriff gegen Peter? Wiesenthal wolle die kleine Koalition sprengen, so Kreisky!

Von der Plazierung der Ausrufezeichen (mehr Hinweise liefert die „Polemik" des Spartacusbundes nicht) ist zu entnehmen, daß er Anstoß nimmt an dem Wort „Volksfront" in diesem Zusammenhang. Aber die Volksfront ist nichts anderes als eine Form der Koalitionsregierung, und das Wesen der Koalitionsregierung ist ein Block zwischen Arbeiterparteien (reformistischer oder zentristischer Natur) und einer oder mehrerer bürgerlicher Parteien, um die Arbeiterklasse unter Kontrolle zu halten. Trotzki machte kurzen Prozeß mit denen, die den Vergleich zwischen den Kartell- oder Linksblöcken als ungeheuerlich empfanden.
In *Wohin geht Frankreich* (S. 78) schrieb Trotzki:

> „Aber die Volksfront - erwidert man uns nicht ohne Entrüstung ist absolut kein Kartell, sondern eine Massenbewegung. Mangel an schwülstigen Definitionen herrscht natürlich nicht, aber an der Sache ändern sie nichts. Bestimmung des Kartells war stets, die Massenbewegung zu *bremsen* durch Ablenkung ins Bett der Klassengemeinschaft. Das eben ist auch genau die Bestimmung der Volksfront."

Dieser Vergleich wirkt unheimlich auf die, die Volksfronten *unterstützen* — wie der Spartacusbund (Chile 1970-72, Frankreich 1974); anstatt zu erkennen, daß die *Minimalbedingung* für die Unterstützung einer bürgerlichen Arbeiterpartei ist, daß sie im eigenen Namen und unter eigener Verantwortung kandidiert. Dieses Kriterium wird von dem Spartacusbund nicht anerkannt, sondern er ruft systematisch auf, solche Bremsen der Massenbewegung zu *wählen*

Lustig ist der Versuch der Genossen von *Spartacus-Wien,* ihre Orthodoxie zu entfalten. Eine kleine Koalition wäre keineswegs eine Volksfront, sondern eine Linksblockregierung. So, so. Nur, die Linksblöcke der 20er Jahre waren Koalitionen zwischen der Sozialdemokratie und der *linken* Partei der Großbourgeoisie (in Frankreich der Radikalen). Dagegen ist die FPÖ eine Partei mit Wurzeln im „nationalen Lager", d.h. trotz ihrer Versuche in letzter Zeit, sich nach der FDP zu modeln, eine Partei mit deutlich *brauner* Couleur (traditionell *rechts* von der ÖVP). Ein Linksblock wäre das also nicht, Genossen von *Spartacus-Wien* — vielleicht ein „Links-*Rechts*block"? Kaum bewegt sich der Zentrist, so stolpert er über seine eigene Terminologie.

Dies waren nur einige Beispiele - aus vielen herausgegriffen -, die klar zeigen, wer die Auseinandersetzung scheut, wer die Positionen des Gegners ignoriert, wer keine Auseinandersetzung will — und wer zu einer Auseinandersetzung unfähig ist. Wenn der Spartacusbund hinter unserem Angebot nur Heuchelei wittert, warum hat er uns nicht den schwarzen Peter taktisch zugespielt? Warum scheut er eine Möglichkeit, seine angebliche politische Überlegenheit klar zu beweisen, in möglichst breiten internen Diskussionen, unter Teilnahme eines großen Teils seiner Mitgliedschaft? Hat nicht die Resolution der 5. BK gerade die Notwendigkeit hervorgehoben: ‚*aktiv* in den Prozeß der Spaltungen und Fusionen im ‚linken Lager* " einzugreifen, „um im Rahmen der *Umgruppierung* die besten Genossen für den SPARTACUSBUND zu gewinnen"?

2) Der TLD werden „Schwankungen und Halbheiten" unterstellt; z. B. haben wir in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 1 die schärfste Abrechnung mit dem Spartacusbund gefordert; im August 1975 fordern wir Diskussionen, um zu prüfen, ob sich eine Grundlage für zukünftige Fusionsverhandlungen entwickelt. Das ist nun wahrlich ein Schuß in den Ofen: Mit dieser Gegenüberstellung zeigt die Spartacusbund-Führung, daß sie *ihre sogenannte Selbstkritik der 5. Bundeskonferenz nicht ernst nimmt.* Unsere *veränderte* Haltung dem Spartacusbund gegenüber entsprang gerade der Annahme, daß die Erklärung der 5. Bundeskonferenz, mit der bisherigen *zentristischen* Linie des Spartacusbundes müsse Schluß gemacht werden, ernst zu nehmen sei! Weil der Spartacusbund in seiner Resolution der 5. BK für die politische Zerschlagung des Spartacusbundes der ersten vier Bundeskonferenzen nachträglich aufgerufen hat! Nachdem der Spartacusbund seine eigene „zentristische Politik" geißelte, schrieb er am Schluß der Resolution: „Die linksreformistischen, zentristischen usw. Organisationen sind *Barrieren* für die Entwicklung eines revolutionären Klassenbewußtseins... Wie erfolgreich* solche Organisationen wachsen und Teile der Arbeiterklasse durch ihre falsche Politik in die Irre führen, fällt in unsere eigene Verantwortung und erfordert von uns die *politische Zerschlagung* dieser Organisationen." Nicht wir haben unsere Position gegenüber zentristischen Sumpfblüten verändert, sondern der Spartacusbund proklamierte, sich zu ändern (was unsererseits eine genaue Überprüfung erforderte). Dieser Vorwurf beweist, daß der Spartacusbund 1) nicht seine eigene Resolution ernst nimmt, und 2) die Bedeutung seiner eigenen Worte nicht kapiert. Er sieht immer noch eine wesentliche Kontinuität in seiner (zentristischen) Politik.

Der TLD wird vorgeworfen, unernst in der Ausführung ihrer eigenen Aufgaben gewesen zu sein, z.B. „intellektuelle

und proletarische Elemente zusammenzuschweißen, und zwar vor allem durch die Herausbildung und den Kampf kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftszellen. .

Dieser Vorwurf bezeugt sowohl Unverständnis der *Bedingungen* solcher Arbeit wie die Unfähigkeit, die Aufgaben einer Organisation von Berufsrevolutionären zu fassen. Die Aufgabe einer revolutionären Organisation ist das Hineintragen und Verankern des revolutionären Programms in der Arbeiterklasse. Dieses Ziel, Bedingung für die proletarische Revolution, ist ein historisches — nicht ein konjunkturelles. Kommunistische Gewerkschaftszellen (im Gegensatz zur Handwerkelei der KJO, BL und des Spartacusbundes) erfordern die Konzentrierung von mindestens 3 bis 4 Genossen in einem Betrieb, wo sie eine Autorität als Militante gewinnen können. Der Spartacusbund kapiert nicht, daß es für eine kleine Organisation unter Umständen zweckmäßiger sein kann, diese drei bis vier Genossen für öffentliche Interventionsarbeit verfügbar zu haben, um aus „Tausenden von jungen linken Sozialdemokraten, Zentristen, Revisionisten und Maoisten" („Erklärung für die Organisierung einer internationalen trotzkistischen Tendenz", *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 2) die Kräfte auf einer harten programmatischen Basis zu gewinnen, die erst eine ausgedehnte kommunistische Gewerkschaftsarbeit ermöglichen kann.

Ob junge Proletarier oder Studenten, es ist die Aufgabe der Partei, diese Genossen in *Berufsrevolutionäre* zu verwandeln, die dort der Partei dienen, wo ihr Einsatz notwendig ist. Diese Vorstellung hat *absolut* nichts gemeinsam mit der erklärten Position des Spartacusbundes:„Wir werden von keinem Studenten verlangen, doch gefälligst eine Lehre zu machen.“ *(Ergebnisse und Perspektiven* Nr. 2, „Offener Brief an die SAG“, S. 111)

SL-BL- und SL-I KD-Beziehungen

Wir bedauern es, zum wiederholten Male — und diesmal öffentlich - das Selbstverständnis und die Manipulationen der IKD gegenüber der RCL und SL zurückweisen zu müssen (was wohl deshalb zum wiederholten Male erfolgen muß, weil weder der Spartacusbund noch seine Vorläufer: IKD, KJO und BL Dokumente archivieren, und folglich solche Dokumente wie die Protokolle der Londoner Verhandlungen von 1970 zwischen IKD, RCL und SL/US oder internationale Korrespondenz in irgendwelchen Privatsammlungen vermodern oder längst im Papierkorb von alljährlich die Organisation und meist auch die Politik quittierenden „führenden“ Genossen gelandet sind). 1972 hatten wir klargestellt:

„Zuerst zur Frage der ‚Blockpartner1. Wir haben nie und nimmer einen Block mit den IKD gehabt, außer zu ganz spezifischen Fragen. Nur gegen die Brüsseler Konferenz des Vereinigten Sekretariats hatten wir mit den IKD einen Block gebildet. Darüberhinaus machten wir bei dem Londoner Treffen 1970 einige Vorschläge, um diesen Block zu kodifizieren und ihn auf andere Fragen auszuweiten, und obwohl ihr Genossen (der IKD, d.Verf.) ... zu jener Zeit geneigt wart, einen Block zu etablieren, scheint es uns unredlich eurerseits zu sein, zu sagen, daß unsere Beziehungen schon die von ‘Blockpartnern1 waren.

Zur Zeit der Brüsseler Konferenz hatten wir eine Formulierung für den ‘Wiederaufbau* der Vierten Internationale vorgeschlagen, die Genosse J.E. beiseiteschob und neu schrieb und uns somit vor ein fait accompli setzte, das wir zu dieser Zeit nicht sofort voll erkannten. Von Anfang an war aber der Führung der IKD unsere Position der Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Vierten Internationale bekannt ebenso wie unsere Position der vollen Anwendung des Übergangsprogramms“ (zitiert nach: International Information Bulletin of the Spartacist League/U.S., Nr. 19, November 1972).

Die Brüsseler Erklärung, trotz der Manipulation von J.E., war ein prinzipienfestes Dokument, das keineswegs die Unterzeichner als alternative, einheitliche politische Tendenz darlegte (was ein Parallelfall zum „Kommunistischen Wahlbündnis“ als „Alternative zur SPD“ bedeutet hätte), sondern griff die „Einheitsbestrebungen“ des VS — die vollkommen vom Programm gelöst waren - an und stellte als zentrale Aufgabe für Trotzkisten:

„die Wiederherstellung von vollständiger programmatischer Klarheit.“ (Brussels Statement, nachgedruckt in Spartacist Nr. 20, April-May 1971). Wir brauchen keine „Spuren zu verwischen“, weil schmutzige Tricks, Verleumdungen

und Lügen nicht zum Arsenal unserer Tendenz gehören.

Portugal und Spanien — Verrat an der proletarischen Revolution

Das auffallendste „Loch“ in der nicht gerade wasserdichten Argumentation des Spartacusbundes ist zweifellos Portugal. Zur gegenwärtig brennendsten Frage der proletarischen Revolution, der wir einen zweiten, eingehenden Brief gewidmet haben, finden wir *kein Wort.* Da im Brief vom 11. September 1975 die früheren Positionen des Spartacusbundes eingehend kritisiert wurden, beschränken wir uns hier auf Bemerkungen zu *Spartacus* Nr. 22 — die zwar keine neue Qualität, aber eine „Vertiefung“ der Konfusion darstellen.

Konzentrieren sich das Dokument von Scholl u.a. und diverse Artikel in *Spartacus* Nr. 20 und 21 auf die Sozialdemokratie und die Frage der Konstituante, so sind sie in *Spartacus* Nr. 22 als zentrale Fragen fast vollständig verschwunden. Ein kurzer Artikel bemerkt lapidar:

„Die Massenbasis der PS schwindet“. So leicht ist es, mit Barrieren zur proletarischen Revolution aufzuräumen. Wie das Zentralkomitee bemerkt: „Die Diskussion mit der Position von Tanas/Gerres („krypto-stalinistisch“ nach Scholl und Konsorten, d. Verf.) hat bei der sich um Hauptmann/ Scholl/Stein („opportunistisch“ nach Tanas und Co., d. Verf.) gruppierenden Position zur Präzisierung (?) und Betonung (??) bestimmter Aspekte (???) geführt, wobei in Teilbereichen (welche?) die Änderungen von Tanas/Gerres übernommen werden konnten.“ Eine diplomatische Formulierung für einen unstabilen Kompromiß.

Jedoch: die Konstituante ist nicht gestorben, sondern ... nach Spanien umgezogen! So lesen wir in *Spartacus* Nr. 22:

„Es ist klar, daß im Vordergrund der Kämpfe nach Francos Tod die Beseitigung der Monarchie steht. Weder Juan Carlos noch irgendein anderer demokratischer Prinz muß in dieser Situation eine der wichtigsten Forderungen der Revolutionäre sein. Gegen die Aufrechterhaltung des Regimes muß man den Kampf für eine Konstituante setzen, die das Land vom Faschismus säubern (das soll die Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Konstituante sein? d.Verf.), den nationalen Minderheiten ihre Rechte und den Bauern Land geben soll...“

Die Vorstellung, daß in Spanien, mit einer extrem militanten und klassenbewußten Arbeiterklasse, der Kampf gegen die *Monarchie* (die 1931 als *Nebenprodukt* des Kampfes gegen das bonapartistische Berenguer-Regime weggefegt wurde) „im Vordergrund der Kämpfe“ stehen wird, ist ein glattes reformistisches Hirngespinst. Wer die Konstituante in Spanien in den Mittelpunkt stellt, wird sich verzweifelt an den Schwanz der proletarischen Massenbewegung klammem, versuchend, sie zurückzuhalten. Wie Trotzki über „das Programm der Übergangsforderungen in faschistischen Ländern“ schrieb (und Spanien, möchten wir wiederholen, ist *nicht* faschistisch, d.h. seine Arbeiterklasse ist nicht atomisiert): „Aber die Formeln der Demokratie (Koalitions-, Pressefreiheit usw.) sind für uns *nur zufällige vorübergehende* Losungen in der unabhängigen Bewegung des Proletariats. .. Sobald die Bewegung etwas von einem Massencharakter annimmt, werden die demokratischen Losungen mit den Übergangslosungen verflochten; man kann annehmen, daß Fabrikkomitees erscheinen, bevor die alten Bonzen aus ihren Kanzleien stürzen, um Gewerkschaften zu organisieren; Räte werden Deutschland

überziehen, bevor eine neue Konstituierende Versammlung in Weimar zusammentreten wird. Dasselbe gilt für Italien und den Rest der totalitären und halbtotalitären Ländern“ (*Übergangsprogramm*).

Neu in Nr. 22 von *Spartacus* ist die Entdeckung einer „Avantgarde“, „Arbeitervorhut“ oder „proletarischen Avantgarde“ („neu“?, mit „Massencharakter“?), die zwar nicht in einer revolutionär-marxistischen Partei organisiert ist, trotzdem ist „die Existenz dieser Arbeitervorhut. . . das Faustpfand der Revolution.“ Diese „Avantgarde“ ist zerstreut in ein Dutzend reformistischer und zentristischer Organisationen (obwohl sie alle anscheinend für den Spartacusbund „zentristisch“ sind). Dieser „Avantgarde“ fehlt nur eins: sich zusammenzuschließen unter der Führung des Spartacusbundes. So richtet der Spartacusbund einen „Offenen Brief1 an die LC1 und PRT (Mehrheits- und Minderheitssektionen des VS in Portugal) und fordert sie auf: 1) sich zusammenzuschließen als „ersten entscheidenden Schritt im Aufbau der revolutionären Partei.. .“, 2) ein revolutionäres Programm anzunehmen („Diese Fusion kann nur ins Auge gefaßt werden unter der Voraussetzung, daß auf die zentralen Fragen des Klassenkampfes in Portugal Antworten gegeben werden.“) und 3) einen Genossen des Spartacusbundes in Portugal als Mitglied aufzunehmen.

Neben der schieren Lächerlichkeit dieses „Angebots“ des Spartacusbundes an Organisationen, die 10 bis 50 mal so groß sind wie er (wahrlich ein Einheitsfrontangebot einer Ameise an einen Elefanten), gibt es einen ernsthafteren Aspekt. Dieses impotente Manöver ist ein klassisch-pabloistischer Versuch, Druck auf eine „neue“ oder „alte“ Avantgarde mit „Massencharakter“ (relativ zumindest zum Spartacusbund) auszuüben, um diese zu einer revolutionären Rolle zu zwingen. Unter den Tausenden von Zentristen und Linksreformisten in Portugal gibt es viele, die für eine revolutionäre Partei zu gewinnen wären. Aber nur durch einen unerbittlichen Kampf gegen die Fehler und den Opportunismus ihrer jeweiligen Organisationen ist das zu erreichen. Notwendig ist die *Umgruppierung* der besten Elemente aus diesen Organisationen durch politischen Kampf, durch Spaltungen und Fusionen. Der Spartacusbund hat mit diesem Brief die altpabloistische Theorie des „stumpfen Instruments“ ausgegraben: zwei zentristische Gruppen könnten durch ihren Zusammenschluß und mit einem Spartacusbundler als Katalysator die Revolution fuhren. Dieser Brief beweist, daß die verbale Erkenntnis des Zentrismus als *Barriere* zur proletarischen Revolution („Wie erfolgreich1 solche Organisationen wachsen und Teile der Arbeiterklasse durch ihre falsche Politik in die Irre fuhren“ auch immer), nichts anderes als ein leeres Wortgeklingel gewesen ist. In Portugal wie international werden revolutionäre Parteien *im Kampf* gegen solchen Gruppen (LCI, PRT wie auch Spartacusbund) aufgebaut werden müssen.

Die Resolution der 5. Bundeskonferenz erforderte von uns eine ernsthafte Prüfung dieser „Wendung“. Der hier publizierte Briefwechsel dokumentiert die Tatsache, daß diese „Wendung zum Trotzkismus“ beim Spartacusbund rein verbal geblieben ist. Die ersten entscheidenden Tests — Spanien und Portugal — beweisen, daß diese Organisation eine zentristische Barriere bleibt, die im Kampf für die Wiedergeburt der Vierten Internationale durch die internationale Spartacist Tendenz politisch zerstört werden muß.

„Unter dem Druck der Umstände ist der Eklektiker- Zentrist imstande, auch extreme Schlußfolgerungen zu befürworten, aber nur, um sich anschließend in der Praxis von ihnen zurückzuziehen. Er erkennt die Diktatur des Proletariats an, läßt aber breiten Raum für opportunistische Ausdeutungen, er verkündet die Notwendigkeit der Vierten Internationale, wird aber an der Schaffung einer Internationale 2 1/2 arbeiten usf.“ (Trotzki, *Der Zentrismus und die Vierte Internationale*).■

Diskussionsangebot der TLD

An das

Zentralkomitee des Spartacusbundes

Berlin, den 18. August 1975

Liebe Genossen!

Die 5. Bundeskonferenz Eurer Organisation hat Bilanz über die bisherige Entwicklung des Spartacusbundes gezogen. Dabei ist sie zu einem Eurem bisherigen Selbstverständnis nach vernichtenden Urteil gekommen, einem Urteil allerdings, das von uns, den Trotzkisten, seit Bestehen Eurer Organisation öffentlich vertreten wird: die Politik des Spartacusbundes hat einen zentristischen Charakter. Alle, aber auch wirklich alle Elemente Eurer Selbstkritik könnt Ihr in Artikeln (und d.h. zum Teil in fraktionellen Dokumenten von ausgeschlossenen Genossen Eurer Organisation!) der *Kommunistischen Korrespondenz* nachlesen. Als wir Euch auf den zentristischen Charakter Eurer Organisation gestoßen haben, habt Ihr ihn nicht erkannt. Und Ihr werdet möglicherweise einige Argumente dieses Briefes auch heute noch nicht verstehen — denn wir glauben, daß Ihr noch nicht fundamental mit dem Zentrismus gebrochen habt, trotz einer erkennbaren Wendung zur kommunistischen Politik, zur Programmatik der internationalen Spartacist Tendenz hin.

Was ist Zentrismus?

Zentrismus ist niemals stabil; er ist theoretisch formlos und eklektisch. Zentristische Organisationen sind imstande, ständig ihre Erscheinung zu verwandeln, immer in einem Zustand der Veränderung und Verdrängung zu existieren. „Unter dem Druck der Umstände ist der Eklektiker-Zentrist imstande, auch extreme Schlußfolgerungen zu befürworten, aber nur um sich anschließend in der Praxis von ihnen zurückzuziehen“, schreibt Trotzki *(Writings of Leon Trotsky (1933-34)*, New York 1972, S. 234). Die von uns prognostizierte Herausbildung einer offen mit dem Trotzkismus brechenden Tendenz im Spartacusbund (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 4, Juli 1974) stellt eine solche Situation dar, in der Ihr zu „extremen Schlußfolgerungen“ kommt; gleichzeitig aber betreibt Ihr weiter eine praktische Politik, die in der Tradition prinzipienloser Blockbildung steht (siehe den Versuch, ein Propagandakomitee für eine „Gegenöffentlichkeit11 über den „revolutionären Prozeß“ in Portugal zu errichten).

Es ist jetzt unsere revolutionäre Aufgabe, Euch auf noch

vorhandene zentristische Halbheiten hinzuweisen, um die Wendung, die in der Resolution der 5. Bundeskonferenz angebahnt wird, voranzutreiben zum revolutionären Marxismus, zur kommunistischen Politik der internationalen Spartacist Tendenz.

„Der Zentrist, seiner Position und seiner Methoden nie gewiß, steht dem revolutionären Prinzip *Aussprechen, was ist* voll Widerwillen gegenüber“, analysiert Trotzki (a.a.O.,

S. 233). Und das gilt - trotz der Selbstkritik - auch für Eure bisher letzte Wendung. Genossen, *Ihr sprecht nicht ehrlich aus, was ist* Ihr verschweigt, woher alle Elemente Eurer Selbstkritik stammen. Ihr verschweigt die Existenz der internationalen Spartacist Tendenz und ihrer deutschen Sektion, der TLD. Wenn Ihr aber schreibt, daß Ihr „von allen linken Organisationen noch die beste Einschätzung“ hattet - trotz Eurer zentristischen Politik -, dann gebt Ihr vor, der bisher zentristische Charakter des Spartacusbundes sei eine völlig neue Erkenntnis, zu der nur Ihr selbst fähig seid. Eure *Kapitulation vor unserem Programmverständnis* versucht Ihr zu verheimlichen, obwohl sie Euch doch deutlich im Bewußtsein sein müßte. Oder habt Ihr nicht noch auf der 4. Bundeskonferenz die Genossen der Trotzkistischen Fraktion ausgeschlossen, nur weil sie eine politische Linie vertraten, die jetzt offiziell zu werden scheint? Doch sie haben ehrlich ausgesprochen, was ist: dies ist die orthodoxe Linie der internationalen Spartacist Tendenz. Und sie haben sich nicht abgespalten, wie Ihr in Eurer Resolution suggeriert; Ihr habt sie ausgeschlossen, weil sie während der Vorbereitungsdiskussion für Eure Bundeskonferenz eine programmatisch fundierte Einschätzung des Spartacusbundes als einer zentristischen Organisation vorgelegt haben — eine Einschätzung, die Ihr inzwischen teilt. Ihr habt diesen Genossen keinen Disziplinbruch, sondern ihr Bekenntnis zum revolutionären Programm vorgeworfen! Ihr solltet aussprechen, was ist — und nicht in manipulativer Weise die Geschichte Eurer linken Wendung behandeln.

Wir betonen mit Trotzki, was Ihr nicht aussprecht: Ihr entlehnt die Hauptargumente in der Verteidigung Eurer Politik den Polen, zwischen denen Ihr schwankt: dem Menschewismus, wenn Ihr gegen uns polemisiert; unserem Bolschewismus, wenn Ihr Euch nach rechts abgrenzt. Zentrismus - das ist Schwanken, politische Formlosigkeit, organisatorische Haltlosigkeit, Schillern in allen Regenbogenfarben; Zentrismus - das ist fehlende eigenständige ideologische Physiognomie. „Auf dem ideologischen Gebiet führt der Zentrismus ein Schmarotzerdasein: Gegenüber den revolutionären Marxisten wiederholt er die alten menschewistischen Argumente (Martows, Axelrods, Plechanows), gewöhnlich ohne es zu ahnen; andererseits entlehnt er seine Hauptargumente gegen die Rechten bei den Marxisten, d.h. vor allem den Bolschewiki-Leninisten, wobei er jedoch der Kritik die Spitze abbricht, indem er vor den praktischen Schlußfolgerungen ausweicht und somit seine Kritik gegenstandlos macht“ (Trotzki, a.a.O., S. 233).

Wenn man Eure subjektive Ehrlichkeit nicht in Zweifel ziehen wollte, dann dürftet Ihr Eure eigene vorgegebene Wendung nicht verstehen, weil einerseits diese Wendung in Richtung auf die Orthodoxie des Trotzkismus eben nichts anderes sein kann, als eine Entwicklung auf die internationale Spartacist Tendenz hin, und weil Ihr andererseits aber weiterhin diese einzig reale internationale Kraft des orthodoxen Trotzkismus völlig zu ignorieren versucht. Eine solche Unbewußtheit überrascht uns jedoch nicht, denn Trotzki hat schon bemerkt: „... im allgemeinen hat der Zentrismus nie eine bewußte Politik...“ *(Writings of Leon Trotsky(1930),* New York 1975, S. 239). Falls Ihr aber Eure Wendung wirklich versteht als das, was sie ist: ein Schwanken zum Kommunismus hin, eine Kapitulation vor unseren trotzkistischen Positionen, dann sprecht Ihr nicht offen aus, was ist.

Uns scheint, daß der Charakter Eurer neuen Wendung — mit für Euch unbewußten Implikationen oder aber ein unehrliches Manöver - im engen Zusammenhang mit dem allgemeinen Charakter der politischen Entwicklung Eurer Organisation steht. Der Spartacusbund vollzieht in den seltensten Fällen wirklich bewußte Wendungen; meist erfolgen sie organisch, Losungen tauchen auf und werden unbegründet fallengelassen. Das innere Leben der Organisation kennt keine wirklichen politischen Kämpfe. Nicht nur die kampflose Kapitulation der sogenannten Bolschewistischen Tendenz, sondern auch die angebliche „Einheit auf höherer Ebene“, die nach Eurer Resolution von den Tendenzen 1 und 2 erzielt worden sei, spricht dafür. Die bisherigen politischen Positionen der Tendenz 2 waren ein deutlicher Ausdruck gerade der opportunistischen Neigungen Eurer Organisation. Solche Positionen werden nur in harten, ja fraktionellen Auseinandersetzungen überwunden. Wenn Ihr die politische Zerschlagung zentristischer Barrieren postuliert, dann muß das für Eure Organisation in erster Linie die Überwindung interner Barrieren bedeuten. Wir wollen Euch hier nur an die harten 21 Bedingungen des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale erinnern, die gerade auf zentristische (und auch noch reformistische) Elemente in den Parteien abzielten, die sich der Komintern zuwandten; Ihr wißt sicher, welche harten Auseinandersetzungen beispielsweise in der französischen und der italienischen Partei stattfanden. Ohne solche politischen und organisatorischen Erschütterungen, ohne Kampf, d.h. in organischer Weise gibt es keinen Bruch mit dem Zentrismus.

Eure Anpassung an unsere orthodoxe Linie

Im folgenden wollen wir mit einigen Hinweisen unsere Einschätzung Eurer Wendung belegen, d.h. die These bestätigen, daß Ihr mit der Resolution der 5. Bundeskonferenz die Kritik am Spartacusbund aufnehmt, die seit langem von der TLD bzw. von Genossen, die nach dem Ausschluß aus Eurer Organisation zu ihr gestoßen sind, gegen Euch vorgebracht wurde. In der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 4 haben wir die Dokumente des von Euch ausgeschlossenen Genossen Anton G. publiziert. In dieser Ausgabe haben wir erstmals umfassend mit Eurer zentristischen Linie abgerechnet.

Wir stellten fest — und Ihr wiederholt jetzt diese Analyse —, daß der Spartacusbund kein einheitliches Programm habe; er sei vielmehr widersprüchlich, mit organischen Kurskorrekturen; es gäbe syndikalistische Tendenzen in der Organisation, die von der Führung gefördert würden. Der Spartacusbund betreibe eine Politik unterhalb der Ebene des Übergangsprogramms; seinen programmatischen Revisionismus legitimiere er mit der Vorstellung „agitatorischer Aufsplitterungen“. Ihr publiziert heute eine Position, wegen der auf zwei Bundeskonferenzen trotzkistische Genossen von Euch ausgeschossen wurden, die inzwischen bei uns organisiert sind): „Der Spartacusbund lehnt den Versuch einer häppchenweisen Verabreichung des Programms, den Versuch, kommunistische Politik* unterhalb des kommunistischen Programms zugunsten kurzfristiger Tageserfolge zu machen, entschieden ab. Kommunisten vertreten zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort die historischen Aufgaben des Proletariats gegen alle partikularen Interessen ...“

Gegen Eure Politik, mit Reformisten, Syndikalisten u.a. prinzipienlose Blöcke zu schmieden, haben wir seit der ersten Ausgabe der *Kommunistischen Korrespondenz* die leninistische Einheitsfronttaktik und eine aggressive und offensive Umgruppierungstaktik gesetzt — Polemiken, die Ihr stets benutzt habt (sofern Ihr sie nicht überhaupt ignoriert

habt) um uns eine „kleinbürgerliche" Orientierung nachzusagen! Wir sind ehrlich: wir begrüßen es, daß Ihr unsere Position in dieser Frage akzeptiert habt. Doch Eure Anpassung geht noch weiter.

Wir betonten, daß Ihr über keine korrekte Einschätzung des Entwicklungsstandes der revolutionären Organisation in der gegenwärtigen Situation als einer kämpfenden Propagandagruppe verfügt. Wir analysierten, daß Eure Vorstellung vom Parteiaufbau auf einen organischen Prozeß hinausläuft, wobei Ihr die Bedeutung des revolutionären Programms völlig unterschätzt habt. Als Ursache dieser falschen „Etappeneinschätzung" nannten wir die revolutionäre Ungeduld, mit der Ihr kurzfristig die Führung von proletarischen Massenkämpfen erobern wolltet. Wir stellten fest, daß eine Organisation, die wie der Spartacusbund politisch ungefestigt und von der Arbeiterklasse praktisch isoliert ist, mit einer „Massenorientierung" seine Kader nur verschleißen, statt für eine Organisation von Berufsrevolutionären erziehen kann.

Gegen die Gefahr einer opportunistischen Schwanzpolitik weist Ihr darauf hin, daß es Situationen gibt, in denen es notwendig wird, gegen den Strom zu schwimmen. Auch das könnt Ihr in unseren Polemiken gegen Eure zentristische Politik nachlesen. Auf die dialektische, d.h, *widersprüchliche* Identität von Parteiaufbau und Klassenbewegung als Prozessen, die sich nicht ineinander auflösen, haben wir mehrmals hingewiesen.

Schließlich war unsere Kritik Eurer nationalbornierten Perspektive, Eures lediglich verbalen Bekenntnis zum Wiederaufbau der Vierten Internationale stets Grundmoment unserer Polemik gegen den Zentrismus des Spartacusbundes.

Es scheint, als ob die vorangegangenen Absätze eine Umschreibung wesentlicher Passagen Eurer Resolution der 5. Bundeskonferenz sind; dieser Schein ergibt sich unvermeidlich, weil diese Eure Resolution nur eine Umschreibung wesentlicher Positionen ist, die wir bisher zu recht gegen Euch in unserer Umgruppierungstaktik wenden mußten. Wir erinnern Euch nachdrücklich zum wiederholten Male an das von Trotzki geforderte revolutionäre Prinzip *Aussprechen, was ist.* Es geht nicht an, oder besser: es ist ein Zeichen von Zentrismus, revolutionäre Positionen aus den Dokumenten der internationalen Spartacist Tendenz mehr oder weniger abzuschreiben, die internationale Spartacist Tendenz aber zu verschweigen.

Einige Eurer Differenzen zum revolutionären Marxismus bestehen fort

Wir verhehlen aber nicht, daß weiterhin Differenzen zwischen Eurer Organisation und dem revolutionären Marxismus bestehen. Auf die Diskrepanz zwischen einem verbalen Bekenntnis zum revolutionären Programm und der Fortsetzung opportunistischer Politik haben wir schon oben mit dem Beispiel Eurer Portugal-Solidaritätsaktivitäten hingewiesen. Eure Politik prinzipienloser Blockbildung wird also weiterhin praktiziert; Ihr schließt sie ja auch nicht in der Resolution prinzipiell aus. So verurteilt Ihr die Konzeption des Kommunistischen Wahlbündnisses lediglich *„in der Form,* wie sie auf der 3. Bundeskonferenz verabschiedet wurde,... (als den) ausgereiftesten Ausdruck dieser Politik prinzipienloser Blockbildung und programmatischer Kapitulation";

Ihr läßt Euch aber damit einen Türspalt offen, um in andere Formen (weniger ausgereifte?) ein und derselben Kapitulationspolitik flüchten zu können.

Ihr behauptet, Ihr hättet in wichtigen Fragen programmatische Klarheit gefunden und nennt dazu u.a. Eure Einschätzung der Sozialdemokratie und Eure Taktik gegenüber Volksfronten. Ihr wißt, daß wir dies nicht teilen können. 1974 habt Ihr bei den Wahlen in Frankreich vor der Volksfrontpolitik der reformistischen Massenparteien kapituliert. Oder habt Ihr schon vergessen, daß Ihr die „Notwendigkeit eines *taktischen* Eingehens auf die Illusionen der Arbeiter (u.a. Unterstützung Mitterands im zweiten Wahlgang)" betont habt (*Spartacus* Nr. 4, Mai 1974)? Soll es „taktische Klarheit" sein, einer Volksfrontregierung (d.h. letztlich einer bürgerlichen Regierung mit der Arbeiterklasse als Geisel) an die Macht zu verhelfen? Auf den völlig eklektischen Impressionismus Eurer Einschätzung der Sozialdemokratie sind wir ausführlich in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 7, Februar 1975, eingegangen, eine Polemik gegen Euch, die Ihr wie andere Auseinandersetzungen mit dem Zentrismus Eurer Organisation ängstlich ignoriert! Es ist eine Kapitulation vor dem Reformismus, die sich in Eurer pabloistischen Charakterisierung des Stalinismus und folglich opportunistischen Politik ihm gegenüber gleichermaßen ausdrückt wie in der leicht ultralinken, sektiererischen Haltung gegenüber der sozialdemokratischen Strömung *in* der Massenbewegung des deutschen Proletariats.

Da Zentrismus oftmals eher „dadurch gekennzeichnet ist, was ihm fehlt, als durch das, was er enthält" (*Writings (1933- 34),* a.a.O„ S. 232), möchten wir noch zwei Fragen hervorheben, in denen der Spartacusbund bisher keine Selbstkritik geübt hat. Die erste Frage ist sein menschewistisches Organisationsverständnis, das oftmals von uns angegriffen worden ist (dessen Erörterung müßte ihn zu einer Überprüfung seiner Ausschlußpraxis gegenüber linksoppositionellen Kräften fuhren). Die zweite ist seine Kapitulation vor dem arabischen Nationalismus (hinter der die gleiche Methodik liegt, wie in der syndikalistischen Abweichung in seiner westdeutschen Praxis: Anpassung an das rückständige Massenbewußtsein). Zu beiden Fragen haben wir in der *Kommunistischen Korrespondenz* Stellung bezogen; die Artikel sind nachzulesen.

Und schließlich wollen wir noch hervorheben, daß weiterhin bei Euch, Genossen des Spartacusbundes, implizit eine opportunistische Neigung vorhanden ist, die Verantwortung für Eure bisherige Nachtrabpolitik auf die Massen abzuschieben, wenn Ihr schreibt, daß die Herausbildung einer offen liquidatorischen Tendenz in Eurer Organisation (und die Besinnung der Tendenz 1 auf einige trotzkistische Positionen, wie sie von der internationalen Spartacist Tendenz im Zusammenhang ihrer revolutionären Programmatik verteidigt werden) in dem Moment erfolgte, „wo die Klassenkampfsituation die Abkehr vom Bündnis mit den .alten traditionellen Partnern' (radikalen Gewerkschaftern, linken Jusos und Sozialdemokraten, Soz. Büro) verlangte, wo man als Kommunist sich nicht länger ,tragen1 lassen kann von dem, was die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse gegenwärtig fühlt, denkt, handelt, lebt..." Wenn Ihr annehmt, daß es korrekt war, in den Vorjahren mit den Massen zu schwimmen, so verherrlicht Ihr Eure frühere syndikalistische Kapitulationspolitik.

Fassen wir zusammen: Eure Resolution der 5. Bundeskonferenz bezeichnet eine Wendung zum Kommunismus, zur internationalen Spartacist Tendenz hin. Gleichzeitig bestehen noch erhebliche Differenzen, die Euch vom revolutionären Marxismus trennen. Es ist erforderlich, im politischen Kampf zu prüfen, ob Euer Schwanken nach Links nur eine Episode unter Dutzenden von zentristischen Schwankungen darstellt — oder ob die politische Gärung in Eurer Organisation die Möglichkeit einer revolutionären Umgruppierung eröffnet.

Wir sind zur Diskussion bereit

Wir halten Eure Linkswendung für ernst genug, um Euch ernsthafte Diskussionen zwischen unseren Organisationen

vorzuschlagen, Diskussionen, die nicht in denunziativer Weise geführt werden, sondern solche, die zu prüfen haben, ob sich eine Grundlage für zukünftige Fusionsdiskussionen entwickelt. Unser Verständnis der revolutionären Umgruppierungstaktik führt uns zu diesem Vorschlag, den Eure Linkswendung von uns als Tribut ab verlangt*.

Wir erinnern Euch daran, daß wir Euch mehrmals zu öffentlichen Debatten aufgefordert haben, Aufforderungen, die Ihr bisher stets ignoriert habt. Wir streben sie weiterhin an — an den Orten und zu den Zeiten sowie über die Themen, die Euch akzeptabel sind. Wir sind bereit, mit Euch über die Modalitäten solcher Debatten sofort in Verhandlung zu treten. Wir sind ebenfalls bereit, über Formen der schriftlichen Auseinandersetzung, z.B. in den Publikationsorganen beider Organisationen, zu verhandeln.

Wir begrüßen Eure Bereitschaft, mit Eurer nationalbornierten Vergangenheit zu brechen; Ihr wollt Eurer internationalen Orientierung jetzt Priorität geben und bereitet eine internationale Bundeskonferenz Eurer Organisation vor. Wir erklären unsere Bereitschaft, Euch mit Materialien (in genügender Anzahl und bei größeren Abnahmen zu ermäßigten Preisen) zu versorgen, die Eurer bisherigen Unkenntnis der Auseinandersetzungen in der trotzkistischen Weltbewegung ein Ende bereiten und es den subjektiv revolutionären Elementen Eurer Organisation ermöglichen könnten, eine korrekte internationale Orientierung für den Wiederaufbau der Vierten Internationale, d.h. für den Wiederaufbau der Vierten Internationale durch die internationale Spartacist Tendenz in einem Prozeß der Fusionen und Spaltungen der vorgeblich revolutionären Organisationen, zu finden. Denn wir sehen, daß Ihr Euch bei Euren ersten internationalen gleich allen Zentristen verhalten könntet: Bildung von verrotteten internationalen Blöcken. „Auf der internationalen Arena zeichnet sich der Zentrist wenn nicht durch Blindheit, so durch Kurzsichtigkeit aus; er begreift nicht, daß man in der heutigen Epoche die nationale revolutionäre Partei nur aufbauen kann als Teil der internationalen Partei; in der Wahl seiner internationalen Verbündeten ist er noch weniger wählerisch als im eigenen Lande“ *(Writings (1933-34),* a.a.O., S. 233). Wir erinnern nur an die inzwischen kläglich zu Bruche gegangene Mistkübelsekte Class Struggle League, mit der Ihr international kokettiert hattet. Wir hegen die begründete Vermutung, daß Ihr möglicherweise — aufgrund weiter vorhandener ideologischer Scheuklappen gegenüber der orthodoxen internationalen Spartacist Tendenz — den Weg prinzipienloser Blockbildung auf internationaler Ebene beschreitet — aus Unkenntnis und Unerfahrenheit oder aus Prinzip.

Wir gehen aber noch weiter in unserem Vorschlag: Wir sind nicht nur bereit, Euch mit schriftlichen Materialien zu versorgen; darüberhinaus erklären wir unsere Bereitschaft, auf Einladungen Eurerseits uns direkt mit Vertretern der internationalen Spartacist Tendenz an den vorbereitenden Diskussionen für Eure internationale Konferenz (in Eurem Zentralkomitee, in regionalen oder örtlichen Versammlungen Eurer Organisation) sowie an Eurer internationalen Konferenz selbst zu beteiligen.

Wir erklären unsere Bereitschaft, Euch im politischen Kampf bei der Überwindung Eures Zentrismus zu helfen. Auch international ist unsere Tendenz gekennzeichnet durch „die aktive Sorge um prinzipielle Sauberkeit und Klarheit der Einstellung, um politische Folgerichtigkeit und organisatorische Geformtheit“ (Trotzki). Wir geben Euch die Chance, für die politische Zerschlagung des Zentrismus, die Ihr selbst postuliert, gemeinsam mit uns zu kämpfen.

Wir erwarten eine erste Antwort auf unseren Vorschlag für gemeinsame Diskussionen zum für Euch frühest möglichen Zeitpunkt; dies dürfte nicht später als 14 Tage nach Erhalt dieses Briefes sein.

Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!
Zentralkomitee der Trotzkistischen Liga Deutschlands

* Diese Formulierung lehnt sich an den Titel des Dokuments an, mit dem die „Fraktion für die strategische Wendung“ (Mehrheitsfraktion der KJO Spartacus) 1973 die KJO-Strategie liquidierte und den Fusionsprozeß mit Spartacus/BL eröffnete: „Ein Tribut, den uns die Revolution abverlangt“. Wir benutzten diese Anlehnung in der Annahme, daß einige der Kräfte der Selbstkritik des Spartacusbundcs sich wesentlich aus den Elementen rekrutierten, die 1973 bei der Auflösung der KJO in einen ideologischen Gärungsprozeß geraten waren, der sie aufgrund ihres Impressionismus in den vorgeblich orthodoxen Spartacusbund führte.

Portugal: Der Spartacusbund am Scheideweg

An das
Zentralkomitee des
Spartacusbundes

Berlin, d. 11.Okt. 1975

Genossen!

Wir haben in unserem Brief vom 18. August 1975 Eurer Organisation politische Diskussionen über programmatische Fragen vorgeschlagen. Bis zum heutigen Zeitpunkt haben wir von Euch keine definitive Antwort erhalten; allerdings vermuten wir, daß das Zentralkomitee des Spartacusbundes kein starkes Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit unserer Tendenz hat. Nicht nur das Ausbleiben einer Antwort, sondern auch einige öffentliche Verlautbarungen deuten darauf hin, daß wir statt auf eine wenn auch nur von geringer Kenntnis unserer Positionen getragene Polemik eher auf dumme Ignoranz stoßen. Wir nehmen aber dennoch die programmatische Gärung, in die Eure Organisation nach dem Bruch mit der sogenannten Bolschewistischen Tendenz getreten ist, zum Anlaß, unsere Angebote vom 18. August als einen haften Versuch zur Schaffung programmatischer Klarheit und zur revolutionären Umgruppierung zu bekräftigen.

In Euren öffentlich ausgetragenen Differenzen über die Entwicklung der portugiesischen Klassenkämpfe tauchen Positionen auf, deren folgerichtige Weiterentwicklung Genossen Eurer Organisation an die Seite von Tendenzen führen kann, die der portugiesischen Konterrevolution ideologische Schützenhilfe innerhalb der Arbeiterbewegung leisten.

Von den „widerlichen Anschmierungen" an den Stalinismus zur Kapitulation vor der demokratischen Demagogie der Sozialdemokratie

In zahlreichen Dokumenten hat unsere Tendenz den Nachweis geführt, daß die offizielle Position des Spartacusbundes zur Sozialdemokratie Tür und Tor für impressionistische Schwankungen und für Kapitulationen vor dem Stalinismus öffnet. W. Gerres hat in seihen Analysen in *Spartacus* Nr. 16 (30. April 1975) und Nr. 17(28. Mai 1975) beredtes Zeugnis dafür abgelegt, was die Implikationen der offiziellen

Position sind: der Bruch mit dem MFA wird deshalb gefordert, weil die Offiziere alles unternähmen, um die portugiesische Sozialdemokratie in der Regierung zu halten (!); eine Arbeiterpartei dürfe mit der SP keine Regierung bilden; die KP könne sich — im Gegensatz zur SP — auf die breitesten Massen der portugiesischen Arbeiterklasse stützen!

Es ist klar, ein Wandel von der Position, die KP sei die einflußreichste Partei der portugiesischen Arbeiterklasse (Mai 1975), zur Einschätzung, die KP habe außer ihre schmale Parteibasis keine gesellschaftliche Kraft (September 1975), — bei fortdauerndem „revolutionären Prozeß" — muß alle ideologischen Dämme zerbrechen.

Hinter der bisher offiziellen Position konnten sich Kryptostalinisten verbergen. So war für Emil M. in *Spartacus* Nr. 19 (August 1975) der „Sieg der portugiesischen Revolution unaufhaltbar", wenn zwei Bedingungen sich erfüllen: eine „Arbeiterregierung", gebildet aus KP, Intersindical, MES u.a., sowie die Bewaffnung der Arbeiterklasse! Das ist genau die chilenische „Lehre" einiger radikaler Stalinisten, die das Scheitern der Allende-Volksfront an der fehlenden Bewaffnung des Proletariats entscheidend festmachen wollen.

Demgegenüber sieht die Reaktion auf den Kryptostalinismus im Spartacusbund in den Bastionen der KP Errungenschaften einer konterrevolutionären Partei. Wenn sie glaubt, in der Bedeutung der demokratischen Forderungen den Schlüssel zur portugiesischen Revolution zu erkennen, so erliegt sie selbst der demokratischen Demagogie der SP und den konterrevolutionären Manövern ihrer Führer; exemplarisch siehe dazu die Bemerkungen über Melo Antunes in der Scholl- Broschüre im Zusammenhang mit den Bürgermeisterwahlen („Probleme revolutionärer Politik in Portugal", S. 23). Entspringt diese Reaktion zwar dem falschen offiziellen Sozialdemokratieverständnis, so verraten ihre Belege und Bezüge doch, woher die neue Einschätzung stammt; OCI und SWP sind die Quellen der neuerlichen Konfusion. Die SWP habe „sehr gute Analysen", ein korrektes „Verständnis der portugiesischen Revolution"; im Gegensatz zur OCI, deren deutsche Gruppe ein Bekenntnis zum offenen Opportunismus erschwert, verschweige die SWP die Rolle der SP in Portugal nicht. Schauen wir uns die SWP-Analysen einmal genauer an.

Die SWP hat die konterrevolutionäre Mobilisierung der SP in Portugal gedeckt. Im *Militant* vom 8. August 1975 stand zu lesen:

> „Es ist sicher, daß sich die wirkliche Avantgarde der portugiesischen Arbeiterklasse gegenwärtig an den SP-Demonstrationen beteiligt... Tatsächlich war die antikommunistische Stimmung in den SP-Demonstrationen weniger Ausdruck rückständigen Bewußtseins, weil sie eher eine Reaktion auf wirkliche Repressionsversuche war, verübt durch die Kräfte der Kommunistischen Partei und ihrer Alliierten."

Die SWP kritisierte die portugiesische SP-Führung nur deshalb, weil sie zu dieser „Wendung zu den Massen" „gezwungen" (!) wurde. Diese Einschätzung der SP-Mobilisierung wiederholte der *Militant* am 19. September 1975:

> „Während einer Periode von ca. sieben Wochen — vom frühen Juni bis Ende Juli - übernahm jedoch die SP die Führung bei der Organisierung von Massendemonstrationen auf der Straße gegen die Versuche der Regierung, die demokratischen Rechte zu beschränken."

Ständig warnt der *Militant* vor der Gefahr einer Militärregierung in Portugal und konfrontiert diese Entwicklung mit der abstrakten Forderung nach „Demokratie" als „Schlüssel der portugiesischen Revolution"! Gleichermaßen wie beim deutschen KBW wird Sozialismus verstanden als erreichbar durch „qualitative Ausweitung" der bürgerlichen Demokratie; ergänzend erläutert Hansen: „Ausweitung in die ökonomische Struktur und somit Liquidierung eines der Elemente, das den Kapitalismus kennzeichnet — totalitäre Machtausübung in der Produktionssphäre". Diese nun typisch reformistische Konzeption erhält ihre historische Weihe durch die Interpretation der russischen Revolution als einer Art single-issue-campaign für die Konstituierende Versammlung. Der Kampf für „Demokratie" (gegen Militärdiktatur) geht um „Wahlrecht und Volkssouveränität" (!); in der portugiesischen Konstituierenden Versammlung haben „gegenwärtig die Kämpfe für diese Rechte ihren Brennpunkt", folglich bestehe die zentrale Aufgabe der Revolutionäre in der „Verteidigung der Konstituierenden Versammlung" (*Militant,* 8. August 1975). Diese Analyse zu einem Zeitpunkt vortragen, wo sich die offene Konterrevolution hinter der Sozialdemokratie versteckt, ihre Kräfte unter dem Banner der Demokratie sammelt und gegen die „Anarchie" und „Zersetzung der Autorität" die Institutionen der bürgerlichen Herrschaftsausübung (einschließlich Konstituierender Versammlung) zu stärken sucht, heißt: dieser Konterrevolution ideologische Schützenhilfe zu geben. (Ausführliche Analysen der Positionen von SWP und OCI siehe: „SWP/OCI Tail Counterrevolution in Portugal", in *Workers Vanguard* No. 75, 29. August 1975, und „SWP Fronts for,State Department Socialism[1] in Portugal", in *Workers Vanguard* No. 79, 3. Oktober 1975).

„Taktische Konkretisierungen" der Arbeiterregierung: Ein Fall von opportunistischer Politik „unterhalb" des Übergangsprogramms

Unsere Polemik gegen den Reformismus der SWP, gegen OCI und Healys IK wird von uns seit Jahren öffentlich geführt; nichtsdestoweniger versucht der Spartacusbund in seinen Publikationen des öfteren, uns mit diesen revisionistischen Tendenzen in einen Topf zu werfen. Schon ein kurzer Blick auf die Positionen zur Arbeiterregierung läßt eines deutlich werden: Wenn wer — internationale Spartacist Tendenz oder Spartacusbund - methodische Gemeinsamkeiten mit SWP/OCI/IK hat, dann ist das nur der Spartacusbund (und zwar beide Seiten im gegenwärtigen Tendenzkampf - Scholl *und* Tanas)!

Lassen wir erst einmal die publizierten Spartacusbundpositionen Revue passieren, um den Impressionismus in seiner ganzen Breite vor Augen zu haben. In *Spartacus* Nr. 5 (Juni 1974) wurde angekündigt, daß man in Portugal „den Kampf für eine Arbeiterregierung anstreben" müsse; über das Wie schwieg man sich aus. Im August 1974 wurde in *Spartacus* Nr. 7 die Losung einer „Arbeiterregierung SP/KP, gestützt auf unabhängige Klassenorgane" aufgestellt; die programmatischen Forderungen des Spartacusbundes waren zu dieser Zeit wesentlich demokratisch (ergänzt mit einigen ökonomischen Losungen). Die Auseinandersetzungen zum Gewerkschaftsgesetz (d.h. die beginnende offene Konfrontation zwischen KP und SP) nimmt der Spartacusbund zum Anlaß, seine bisherige „konkretisierte" Regierungslosung zurückzuziehen und stattdessen (in *Spartacus* Nr. 13, Februar 1975) eine „Arbeiterregierung von KP und den abgespaltenen

* Wir übernehmen den Begriff „Kryptostalinismus" aus dem polemischen Vokabelschatz der Scholl-Tendenz; er dient ihr dazu, öffentlich ihren fraktionellen Gegner zu denunzieren. Wir erinnern daran, daß unsere weitestgehende Formulierung bisher bezüglich der Haltung gegenüber dem Stalinismus „Tendenzen zur Kapitulation vor dem Stalinismus" war; Kryptostalinismus ist da schon von anderem Kaliber. Auch die Tanas-Tendenz ist in ihrer Wortwahl - ebenfalls in der öffentlichen Auseinandersetzung - nicht zimperlich. Ein illustres Beispiel von „Freiheit der Kritik"...

Sozialisten“ zu fordern; diese neue „Konkretisierung“ ist verbunden mit einer Parteinahme für die vom bürgerlichen Staat verordnete „Gewerkschaftseinheit“. In diesen Reigen von „taktischen“ Regierungslosungen platzt dann das ZK zum 1. Mai mit der nun gar nicht „konkretisierten“ Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung in Portugal, gestützt auf Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte“ hinein (*Spartacus*, Nr. 15, 14.4.75), eine Losung, die wir gründlich in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 9, Juni 1975, zerstört haben und die dann auch sofort wieder in der Versenkung verschwand (allerdings haben wir in unserer Polemik zu diesem Zeitpunkt nicht berücksichtigt, daß zwischen einem methodischen Verständnis, das diese Losung ausdrücken kann — trotz einer empirisch falschen Analyse der Agrarfrage in Portugal —, und den „konkretisierten Regierungslosungen“ als Differenzpunkt die klassische Form des Spartakus-bund-Revisionismus liegen mag: die Auflösung der Methodik des Übergangsprogramms in den „konkreten Anbahnungswegen“, „Brücken“ zum Übergangsprogramm als Grundlage praktischer Politik). *Spartacus* Nr. 17 (28.5.75) fordert dann wieder eine KP-„Arbeiterregierung“ mit Gruppen der extremen Linken.

Und dann im Herbst d.J,: Zurücknahme der „bisherigen taktischen Linie“ einer „Arbeiterregierung aus KP, MES etc.“ Diese Zurücknahme wird von beiden Tendenzen geteilt. Über den Zeitpunkt der Zurücknahme bestehen aber nachträglich Differenzen. Tanas meint, die Losung der „Arbeiterregierung“ sei bis Juli sinnvoll „konkretisierbar“; laut Scholl-Broschüre gab es nur bis zu den Wahlen und dem 1. Mai (manchmal nur bis zu den Wahlen) „die letzte Möglichkeit, die Einheitsfronttaktik in einer Regierungslosung zusammenzufassen“.

Der methodische Fehler dieser Positionen liegt im

Verständnis der Arbeiterregierung als einer *taktischen* Losung, d.h. Arbeiterregierung als einer besonderen („höchsten“) Form der Einheitsfront. Darin drückt sich auch die Nähe zur OCI und SWP aus (trotz einer Differenz mit der OCI über den taktischen oder strategischen Charakter der Einheitsfront). Die Konsequenz dieser Position ist, daß traditionelle, konterrevolutionäre Führungen aufgefordert (und für fähig gehalten!) werden, eine *Arbeiter*regierung zu bilden!! In bestimmten Situationen hält es der Spartacusbund — gleich den Healyisten und der OCI, nur vorsichtiger - gar für möglich, beispielsweise die konterrevolutionäre SPD (nach Ansicht des Spartacusbundes wesentlich bürgerliche Partei) aufzufordern, eine „Arbeiterregierung“ zu bilden, „gestützt auf ein Arbeiterprogramm“ („Unsere Einschätzung der Sozialdemokratie und unsere Taktik ihr gegenüber“, November 1974, in *Ergebnisse und Perspektiven,* Theoretisches Organ des Spartacusbundes, Nr, 3, Mai 1975, S. 56). Der Spartacusbund bestimmt diese Situationen noch genauer: wenn „die Arbeiterklasse schon mit der Machtfrage konfrontiert“ ist, dann, ja dann soll man offensichtlich eine... Scheidemann-Noske- Regierung fordern!!!

Arbeiterregierung als „Taktik der Einheitsfront“ steht in der rechten, brandleristischen Tradition; beim IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde für Trotzkisten nicht das letzte Wort über die Frage der Arbeiterregierung gesprochen. Trotzki, die Internationale Linksopposition und schließlich die Vierte Internationale haben in der Frage der Arbeiterregierung unser programmatisches Fundament weiter entwickelt. Die Arbeiterregierung ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats, „populär“ ausgedrückt. Sie ist die zentrale *programmatische* Forderung, auf die sich alle einzelnen Übergangslosungen systematisch zuordnen. D.h. sie kann nicht „taktisch“ aufgestellt und zurückgezogen werden — es kann eine propagandistische Vorbereitung und einen praktischen Kampf für die Arbeiterregierung geben.

Im Übergangsprogramm hat Trotzki im Kapitel über die Arbeiter- und Bauernregierung die Erfahrung hervorgehoben, daß die verräterischen Führungen „selbst unter günstigsten Voraussetzungen nicht in der Lage sind, eine Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden, d.h. eine von der Bourgeoisie unabhängige Regierung“. In den Diskussionen über das Übergangsprogramm (in den *Schriften zum Programm* nur ausgewählt vom Spartacusbund-ZK herausgegeben) betonte Trotzki am 29. Juli 1938 ausdrücklich, daß die „Arbeiter- und Bauernregierung nichts anderes ist als die Diktatur des Proletariats“. Das falsche Verständnis des Spartacusbundes zur Arbeiterregierung entspringt dem Schwelgen über eine von Trotzki erwähnte „theoretische Möglichkeit“ (obgleich er es sofort für müßig erklärte, sich in Mutmaßungen zu verlieren)!

Die Auflösung des revolutionären *Programms* in *Taktik* entspricht noch der Methodik der „Konkretisierungen“, „Aufsplitterungen“, mit der der Spartacusbund auf seiner 5. Bundeskonferenz zu brechen vorgab - was ihm offensichtlich bisher in der zentralen Frage des Übergangsprogramms — in der Frage der Regierung der Arbeiterklasse — nicht gelungen ist.

Eine taktische Frage ist es hingegen, aufgrund von Illusionen der proletarischen Massen in ihre traditionellen Führungen (wie SP und KP) diese aufzufordem, mit der Bourgeoisie zu brechen und in eigener Verantwortung vor der Klasse die Macht zu ergreifen - das ist jedoch keine Forderung nach der Arbeiterregierung! Diese Forderung ist in bestimmten Situationen ein Instrument, die proletarische Basis von ihrer konterrevolutionären Führung zu trennen. Es ist Schematismus anzunehmen, um diesen Bruch zu erzwingen, müsse zu allen Zeiten die Losung einer KP/SP-Regierung aufgestellt

Fortgesetzt auf Seite 17

Antwort des Spartacusbundes

An das
Zentralkomitee
der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD)

Essen, den 15.10.75

Genossen!

Hiermit beantworten wir Euren Brief vom 18. August 1975.

Ihr bezieht Euch in Eurem Brief ausdrücklich auf die Ergebnisse unserer 5. Bundeskonferenz. Diese Bundeskonferenz war auch nach unserem Verständnis für den Spartacusbund eine politische Wende, eine Abrechnung mit der „zentristischen Linie unserer Organisation". Ihr seid jedoch im Irrtum mit Eurer Annahme, daß diese Wendung in irgendeiner Weise, und sei es auch nur graduell, eine Annäherung an von Euch vertretene Positionen darstellt. Wir weisen auch mit aller Entschiedenheit Eure Unterstellung, oder Euren Irrtum, zurück, daß diese „Elemente unserer Selbstkritik" aus dem Arsenal Eurer Organisation bzw. der zu Euch gegangenen, auf der 4. Bundeskonferenz ausgeschlossenen Fraktion stammt.

Die „Elemente unserer Selbstkritik", die ihren Niederschlag auf der 5. Bundeskonferenz fanden, sind zum größten Teil seit der Fusion, oder kurz danach, zumindest von Teilen *unserer* Organisation vertreten worden, und zwar ohne daß dies auf den Einfluß der TLD bzw. der SL/USA zurückzuführen ist. Ja, die Positionen, die auf der 5. Bundeskonferenz beschlossen worden sind, sind z.T. *gegen* Genossen durchgesetzt worden, die sich inzwischen Eurer Organisation angeschlossen haben. Dies müßtet Ihr eigentlich auch selbst wissen, da Ihr bis zum Ausschluß Eurer Genossen den Verlauf unserer internen Auseinandersetzungen kennt. Mehrere Tatsachen seien Euch in Erinnerung gebracht.

I

1) „Die kritische Einschätzung der Maikampagne" (1974) der OG Berlin, in der schon wesentliche Elemente der politischen Beschlüsse der 5. Bundeskonferenz enthalten sind (gegen die agitatorische Aufsplitterung, Kritik am Propagandablock usw.), ist:

a) von der Leitung der Organisation damals akzeptiert worden;
im *Wesentlichen* von Genossen erstellt worden, die niemals mit Eurer Organisation politisch sympathisiert haben;

b) entgegen den Programmvorstellungen eines Genossen, der mit Euch sympathisierte und inzwischen bei Euch ist, wendeten wir uns gegen sog. „qualitative ökonomische Forderungen", eine mehr oder minder hübsche Umschreibung der sog. „Übergangsaktionslosungen" nach Manier unserer BT.

c) Wir mußten den Versuch eines *Eurer* heutigen Genossen abwehren, die Aufstellung von Sozialplänen (kombiniert mit Übergangslosungen!!) zu befürworten. Diese Position wurde von dem Genossen noch auf der Bundeskonferenz verteidigt, auf derer ausgeschlossen wurde.

3) Die Alternativresolution zur Mehrheitsresolution der 3. Bundeskonferenz („Grundlinien der Politik des Spartacusbundes in der nächsten Periode"), in der Wesentliches unserer Resolution auf der 5. Bundeskonferenz schon enthalten ist, wurde wiederum *ausschließlich* von Genossen erstellt, die niemals mit Euch sympathisiert haben, und *nur diese* Genossen haben auf der 3. Bundeskonferenz („um diese Wendung hin zum Kommunismus") wirklich gekämpft.

Die Reihe ließe sich fortsetzen; dies nur zur Qualität des „Kampfes" und „Einflusses" der Genossen, die auf der 4. Bundeskonferenz ausgeschlossen wurden und heute bei Euch sind (von dem beinahe schon berüchtigten politischen Werdegang des Genossen Anton wollen wir hier absehen). Diese Tatsachen und Auseinandersetzungen sind Euch bekannt und trotzdem wagt Ihr zu schreiben: „Das innere Leben der Organisation kennt keine wirklichen politischen Kämpfe."

II

Wenn die Existenz der TLD überhaupt einen Einfluß auf unsere Organisation gehabt hat, dann einen ausschließlich *negativen.* Der innerorganisatorische Kampf, um das richtige Verständnis einer revolutionären Umgruppierungstaktik, der auf der 5. Bundeskonferenz abgeschlossen worden ist, bedeutet keinesfalls, daß wir Eure „Position in dieser Frage akzeptiert" haben. In der Resolution der 5. Bundeskonferenz heißt es nicht zufällig: „Für eine erfolgreiche Umgruppierung gegenüber der extremen Linken ist es eine notwendige Voraussetzung, daß sich die Politik des Spartacusbundes gegenüber diesen Organisationen nicht in bloßer Negation erschöpft, sondern daß die Organisation eigenständige Praxis leistet."

Genau hier unterscheiden wir uns von Euch. Sicher, Ihr habt das Verdienst, den Begriff „Umgruppierung" massiv eingebracht zu haben. Aber Eure *Praxis* war und ist eine einzige *Karikatur* dieses taktischen Instrumentes, und dies *erschwerte* es uns, zu einem richtigen Verständnis revolutionärer Umgruppierungstaktik zu kommen. *Eure Praxis ist rein parasitär,* sie erschöpft sich in „Ideologiekritik". Wenn in Eurer „Erklärung für die Organisierung einer internationalen trotzkistischen Tendenz" (Spartacist, deutsche Ausgabe, Nr. 2) u.a. gefordert wird: „. ..intellektuelle und proletarische Elemente zusammenzuschweißen, und zwar vor allem (!!) durch die Herausbildung und den Kampf kommunistischer Betriebsund Gewerkschaftszellen, so ist dies bei der TLD bisher bloßes Wortgeklingel geblieben.

III

Gerade Euch stehen selbstgefällige Bemerkungen wie: „Schließlich war unsere Kritik Eurer nationalbornierten Perspektive, Eures lediglich verbalen Bekenntnisses zum Wiederaufbau der Vierten Internationale stets Grundmoment unserer Polemik gegen den Zentrismus des Spartacusbundes" *nicht* zu.

Unsere bisherige „nationalbornierte" Politik ist ein Teil unserer Tradition, die wir zu liquidieren haben. Aber für diese *Tradition* tragen *gerade* führende Genossen Eurer Organisation *Mitverantwortung.* Nationalborniertheit war einer der Eckpfeiler der IKD, Genossen *Eurer* Organisation waren früher führende Mitglieder der IKD und haben diesen „Eckpfeiler" mit aufgebaut und abgestützt.

Statt eines erhobenen Zeigefingers stände Euch ein selbstkritischer Rückblick besser zu Gesicht.

IV

Den Vorwurf der prinzipienlosen Blockbildung, gerade in der Solidaritätsbildung zur portugiesischen Revolution, weisen wir zurück; jedermann, der unser Zentralorgan (insbesondere

Nr. 21) liest, kann nachvollziehen, daß dieser Vorwurf jeder Grundlage entbehrt.

Aber, wenn es ein beinahe klassisches Beispiel für prinzipienlose Blockbildung gibt - in Form eines Propagandablocks übelster Art —, dann sei nur an das gemeinsame Flugblatt zum „Europäischen Kongreß“ (1970) des VS in Brüssel erinnert, u.a. unterzeichnet von IKD und SL (!).

Wenn Ihr schon schulmeistern wollt, so solltet Ihr wenigstens dabei keine Spuren verwischen.

V

Zur Frage der Sozialdemokratie und Volksfront verweisen wir hier nur auf unser theoretisches Organ „Ergebnisse & Perspektive“ Nr. 3 — Artikel und Thesen, denen Ihr bis heute nichts entgegenzusetzen habt. Im SPD-Artikel in E & P Nr. 2 könnt Ihr unsere Kritik an der SL in dieser Frage nachlesen (bei Abnahme von 20 Exemplaren gewährleisten wir den üblichen Rabatt).

Die *Konsequenz* Eurer Position läuft auf eine völlige Entwaffnung der Arbeiterklasse hinaus. Beispielhaft kommt dies zum Ausdruck in dem Wahlartikel Eurer österreichischen Schwesterorganisation (ÖBL) zu den Nationalratswahlen, wo glatt behauptet wird, daß eine Koalition SPÖ-FPÖ gegenwärtig in Österreich eine Volksfront (!!!) bedeuten würde: „Die Testkoalition auf kommunaler Ebene in Mödling und die gemeinsamen Auslandsreisen Kreiskys und Peters sprechen eine klare Sprache. Für die Vorbereitung einer Volksfront (!!) durch die SPÖ können Trotzkisten keine auch noch so kritische Unterstützung gewähren. Dies wäre ein unverzeihlicher Fehler.“ — Kommentar überflüssig.

VI

Es ist richtig, daß wir auf der 5. Bundeskonferenz klargestellt haben, daß Parteiaufbau und Klassenbewegung *nicht* „in Eins“ fallen, aber wenn Ihr in Eurem Brief schreibt: „Auf die dialektische, d.h. *widersprüchliche* Identität von Parteiaufbau und Klassenbewegung als Prozessen, die sich nicht ineinander auflösen, haben wir mehrmals hingewiesen“, so machen wir darauf aufmerksam, daß diese (richtige) Position gerade *nicht* im Papier des Genossen Anton zum Ausdruck kommt, dort heißt es z.B.: „Während ökonomistische und trade-unionistische *Abweichungen* sich darauf verstehen, die Partei *aus der Klasse heraus* aufzubauen, zielt die Orthodoxie - d.h. der *Leninismus* auf den *Aufbau der Partei in die Klasse hinein!*“ (Trade-Unionismus oder revolutionäre Politik, in: Kommunistische Korrespondenz Nr. 4) - so bringt diese Bestimmung (die der *frühe* Lenin in einer *bestimmten* Polemik gebraucht) die Dialektik von Klassenbewegung und Parteiaufbau gerade *nicht* zum Ausdruck. Wenn wir bei diesen etwas verkürzten Formeln bleiben wollen, so vollzieht sich der Parteiaufbau „in die Klasse hinein“ und „aus der Klasse heraus“.

Die Lenin’sche Position des demokratischen Zentralismus der „Einheit der Aktion, Freiheit der Kritik“, die *wir* teilen, steht Eurer Position „Einheit der Aktion, Freiheit der Kritik nur nach innen“ unvereinbar gegenüber. Polemisch überspitzt: Da Ihr selbst zugeben Werdet, daß „Freiheit der Kritik nur nach innen“ bei einer kommunistischen .Massenpartei nicht durchführbar ist, müßt Ihr, um bei dem Euch verständlichen Schematismus zu bleiben, für verschiedene Etappen des Parteiaufbaus zu verschiedenen *Prinzipien* des demokratischen Zentralismus kommen.

VII

Eure Position zum Nahostkonflikt halten wir für antileninistisch. Wir werden *hier* nicht darauf eingehen. Ihr kennt alle internen Papiere unserer Organisation hierzu. Im theoretischen Organ Nr. 4 werden wir unsere Position *ausführlich* darlegen.

Um zum Schluß zu kommen:

Die Bemerkung, daß Ihr mit uns Diskussionen führen wollt, „die nicht in denunziativer Weise geführt werden“, trägt den Geruch der Heuchelei, denn die internationale Spartacist Tendenz, und damit auch Ihr, tragen die Mitverantwortung, wenn die ÖBL öffentlich schreibt, daß der Spartacusbund behauptet, die Sozialdemokratie sei eine bürgerliche Partei wie jede andere auch; oder der Genosse Seymour der SL behaupten kann: „sie (die Sozialdemokratie) ist nicht wie die IKD, GIM- Kompaß und der Spartacusbund (!!) behaupten, eine bürgerliche Partei, ähnlich der amerikanisch-demokratischen Partei“. (Bulletin der ÖBL, Nr. 4, Januar 1975, S. 30)

Dies *sind* blanke Denunziationen und Verleumdungen unserer Organisation; jedem Leser unseres theoretischen Organs ist bekannt, daß wir uns von der zitierten Position *explizit*, ausführlich und *scharf* abgegrenzt haben (siehe E & P Nr. 2 und 3).

Weiter bleibt Euer „Diskussionsangebot“ völlig heuchlerisch und unglaubwürdig, wenn man sich noch einmal Eure Einschätzung/Taktik vom Februar 1974 uns gegenüber vergegenwärtigt. In der Kommunistischen Korrespondenz Nr. 1 heißt es völlig im Gegensatz zu Euren jetzigen Anschmierereien: „Die elementarsten Gebote der politischen Hygiene (!?!) erfordern eine Abrechnung (!) mit solchen Gruppen“. Bevor Ihr weitere Schritte uns gegenüber unternehmt, solltet Ihr ein wenig sorgfältiger Eure Schwankungen und Halbheiten aus- . räumen.

Von der *Form* her quillt Euer Brief über vor dümmlicher Arroganz, z.B.: „Wir erklären unsere Bereitschaft (!), Euch im politischen Kampf bei der Überwindung Eures Zentrismus zu helfen (!).“ oder: „Wir geben Euch die Chance (!!) für die politische Zerschlagung des Zentrismus, die Ihr selbst postuliert, gemeinsam mit uns zu kämpfen.“

Euren Brief müssen wir von seinem *politischen Gehalt* her als einen unernsthaften und unüberlegten Vorschlag bewerten. Die politischen Differenzen zu Euch sind so grundlegend, daß wir Eure Vorschläge am Schluß Eures Briefes ab lehnen müssen, da sie jeder realen Grundlage entbehren.

Zentralkomitee des SPARTACUSBUNDES

Fortsetzung von Seite 14

stellt werden. Wir haben dies nie getan, auch wenn es uns von einigen ideologischen Führern des Spartacusbundes unterstellt wird. Wir haben die Losung stets als eine in bestimmten Situationen mögliche Taktik definiert.

Was heißt das nun für Portugal? Unsere Linie kennt seit April 1974 keine Schwankungen, sie ist kohärent trotzkistisch. Das kann in mehr als 20 Ausgaben von *Workers Vanguard* nachgelesen werden, in denen wir Analysen, Berichte u.ä. über Portugal publiziert haben (eine Zusammenstellung von 20 WV-Ausgaben mit den wichtigsten Artikeln über Portugal kann zum Preis von 10 DM über die TLD bezogen werden). Wir haben *stets* die programmatische Forderung der Arbeiterregierung propagiert, den Weg der Diktatur des Proletariats gewiesen (s.u.) — und nur für einen sehr kurzen Zeitraum haben wir die Losung einer KP/SP-Regierung vertreten (nur in *Workers Vanguard* No. 71). Warum?

Vor dem 25. April 1975 (d.h. vor den Wahlen) gab es keine nationale repräsentative demokratische Körperschaft als Rahmen für eine KP/SP-Regierung (nichtsdestoweniger haben wir stets den Bruch mit dem bürgerlichen MFA gefordert). Die Losung einer SP/KP-Regierung zu dieser Zeit hätte entweder Staatsstreich oder Aufstand bedeutet. Als Marxisten sind wir jedoch Gegner eines Staatsstreichs, dessen Ergebnis nur ein bonapartistisches Regime sein kann. Der Aufstand jedoch hätte ja gerade den entscheidenden Bruch der Massen mit ihren reformistischen Führern vorausgesetzt; die Losung einer KP/SP-Regierung war offensichtlich vor dem 25. April 1975 unsinnig (im Gegensatz zur Forderung, die reformistischen Organisationen sollen mit ihren bürgerlichen Alliierten, d.h. besonders dem MFA, brechen).

Nach der Bildung der Konstituierenden Versammlung war es — allerdings nur für kurze Zeit — möglich, eine KP/SP-Regierung zu bilden; gleichzeitig traten wir aber weiter für die Bildung von Arbeiterräten und für deren nationale Zusammenfassung als Basis, als Keimform einer Arbeiterregierung ein.

Nach dem Beginn der antikommunistischen Mobilisierung der SP war es unmöglich, weiter eine KP/SP-Regierung zu fordern. „Soares an die Macht" bedeutete ab diesem Zeitpunkt nicht nur reformistisch-parlamentarischer Kretinismus, sondern Unterstützung für die konterrevolutionäre antikommunistische Mobilisierung (hier kann man mit Recht auf die Nach-Juli-Tage hinweisen, wo die Bolschewiki ihre Forderung nach einer menschewistisch-sozialrevolutionären Regierung zurückzogen; und Lenin zur gleichen Zeit: „Keinerlei konstitutionelle und republikanische Illusionen... sondern die Kräfte sammeln, sie umzuorganisieren und beharrlich vorbereiten zum bewaffneten Aufstand...", Lenin, *Werke,* Bd. 25, S. 175; gewiß, es gab Kräfte, die in den Julitagen wesentlich „ein schädliches Abenteuer" sahen, aber was geschah nach dem 3./4. Juli 1917? Trotzki gibt uns in seinen *Lehren des Oktober* die Antwort: „Die Mobilisierung der rechten Kräfte der Partei verstärkte sich...").

Wir werden weiter unten noch analysieren, daß die Scholl-Tendenz mit ihrer Methodik (und ihrer Einschätzung der aktuellen Entwicklung in Portugal) unweigerlich zur OCI-Position (Für eine Soares-Regierung, gestützt auf die Konstituante) kommen muß, auch wenn sie sich noch „gegen die zynischen Schematiker vom Schlage Lamberts" hilflos abzugrenzen sucht. Von Interesse ist hier vorerst, daß das methodische Verständnis der Arbeiterregierung als „taktischer Konkretisierungen" fähig und bedürftig jeden *politisch entwaffnet,* der in einer Situation, in der die konterrevolutionären Führungen des Proletariats selbst die Konterrevolution real (als Regierungsparteien gar!) organisieren, sich gegen diese Konterrevolution zu stellen sucht.

So schreiben Scholl u.a., daß eine SP-Antunes-Regierung nicht frontal angegriffen werden dürfe, das Proletariat müsse sich „mit ihr erstmal ab finden"!! Diese Ungeheuerlichkeit wird noch durch ein Leninzitat gekrönt, dessen Benutzung in dem von Scholl u.a. gebrauchten Zusammenhang eine Gleichsetzung von bürgerlicher Regierung und Sowjet impliziert! „Unsere Aufgabe ist gegenüber dieser Regierung .solange wir in der Minderheit sind[4], .Aufdeckung der Fehler, Kritik[4] (Lenin, Aprilthese Nr. 4)", schreiben Scholl u.a. (auf S. 52 ihrer Broschüre). Nun spricht aber die 4. Aprilthese von den Sowjets der Arbeiterdeputierten als der „*einzig möglichen* Form der revolutionären Regierung" und von einer Situation, wo die Bolschewiki in diesen Sowjets in der Minderheit sind — was offensichtlich mit der 6. portugiesischen Volksfrontregierung nichts zu tun hat. Vielmehr wird durch diese Fälschung eine Weichheit gegenüber einer bürgerlichen Regierung und der sie tragenden Sozialdemokratie legitimiert, deren Programm die offene Konterrevolution ist (Disziplin, Anerkennung der Autorität, Ruhe und Ordnung). Einer solchen Weichheit begegneten wir schon in der im Ton sehr solidarischen Kritik des COPCON-Dokuments (von L. Bornheimer, in *Spartacus* Nr. 21, September 1975) und im zentralen Spartacusbund-Flugblatt von Ende September, wo doch wahrlich stand: „Noch immer haben die Offiziere des MFA eine Hauptaufgabe der Revolution nicht gelöst"! Als wenn sie andere Aufgaben der Revolution schon gelöst hätten, als wenn sie überhaupt Aufgaben der Revolution lösen könnten!

Wenn Scholl u.a. behaupten, ihre Position zum MFA und zur Arbeiterregierung beweise: „Dennoch, an unseren programmatischen Grundlagen braucht man nichts zu ändern" (S. 57), dann irren sie sich gewaltig, sofern sie beabsichtigen, mit dem Zentrismus real zu brechen, wie sie es in der Resolution der 5. Bundeskonferenz angekündigt hatten.

Es faßt die ganze Methodik der taktischen „Konkretisierung" und „Aufsplitterung" des Übergangsprogramms zusammen, wenn Scholl u.a. in einer Broschüre über „Probleme revolutionärer Politik in Portugal" schreiben: „wir verzichten hier darauf, das Programm der portugiesischen Revolution darzustellen, setzen dies voraus. Entscheidend ist, daß Fragen wie Arbeiterkontrolle, Bewaffnung usw. nicht schematisch der *Taktik* gegenübergestellt werden dürfen, die zu ihrer Verwirklichung notwendig ist!" (S. 34).

Ihre Methodik ist die *Auflösung des Programms in Taktik,* sie wollen „konkrete Politik machen" — daß dabei letztlich auch keine bolschewistische Taktik mehr 'rauskommen kann, sondern bloßer Opportunismus, ist von uns stets betont worden.

Von der Konstituante zu Soares!

Scholl und Genossen erschrecken vor dem „jugendlichen Radikalismus" (dem man eine so ernste Sache wie eine Revolution nicht anvertrauen darf) und flüchten sich behend in den Altersmarasmus von SWP und OCI. Kern ihrer Position ist: „Die zentrale taktische Aufgabe ist die .Normalisierung[4] der Revolution (hier spricht Soares! — d. Verf.), die taktischen Hebel sind die Konstituante und zu einem späteren Zeitpunkt die Parole der Arbeiterregierung" (S. 50). Wir wissen schon: „Arbeiterregierung" verstanden als Koalitionsregierung bürgerlicher Arbeiterparteien im Gegensatz zur Regierung der Arbeiterklasse, zur Diktatur des Proletariats. Woher die Vorliebe für die zentrale Bedeutung demokratischer Losungen kommt (SWP) und wohin sie politisch gehört (Reformismus), haben wir schon oben betont.

Uns überrascht die Leichtfertigkeit, mit der programmatische Revisionen (als Taktik getarnt) eingeführt werden. Da heißt es apodiktisch, daß die Forderung der Konstituierenden Versammlung „auch in Ländern, die aus einer langen faschistischen

Diktatur erwachen“, zu den demokratischen Forderungen gehört. Hätten die Genossen im Übergangsprogramm geblättert, so wäre die Dialektik des Klassenkampfes statt die „Psychologie erschrockener Bankrotteure“ als Richtschnur bei der Erörterung programmatischer Fragen eher zur Geltung gekommen: „Wenn die revolutionäre Welle einmal durchbricht, wird sie in faschistischen Ländern sofort ein riesiges Ausmaß annehmen und unter keinen Umständen bei dem Versuch haltmachen, irgendeine Art Weimarer Leiche wiederzubeleben... die Formeln der Demokratie (Koalitions-, Pressefreiheit usw.) sind für uns nur zufällige vorübergehende Losungen in der unabhängigen Bewegung des Proletariats und nicht eine demokratische Schlinge, die dem Proletariat von den Agenten der Bourgeoisie um den Hals gelegt wird...“

Scholl u.a. irren also prinzipiell und konkret für Portugal. Tanas hat durchaus recht, wenn er gegen das abstrakte Geschwätz über Demokratie auf die zentralen Probleme der bürgerlichen Revolution hinweist (Agrar- und nationale Frage). Allerdings meinen wir, daß die Aufgaben der bürgerlichen Revolution in Portugal abgeschlossen sind (zur Agrarfrage siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 9, Juni 1975), was nicht heißt, daß demokratische Losungen überhaupt keine Bedeutung haben könnten. Wie sie konkret eingebettet werden in den proletarischen Kampf, kann aus zahlreichen *VJV*- Artikeln entnommen werden.

Schölls Hinweise auf Frankreich 1945 und 1975 sind falsch. Die Haltung der französischen Trotzkisten (besser: der Mehrheit der französischen Trotzkisten) wurde von der damals noch keineswegs degenerierten Vierten Internationale zurückgewiesen! Und gegen die Klassenkollaboration der Union de la Gauche eine Konstituante zu fordern, ist wirklich reformistischer Parlamentskretinismus.

Für Portugal geben die Genossen die Losung einer „souveränen“ Konstituante aus, d.h. „zuerst den Bruch des Paktes mit dem MFA“. Doch die Genossen um Scholl sind halbherzig. Die noch ohnmächtige Konstituante soll die zentralen Forderungen der portugiesischen Revolution „anerkennen“, 1) weil die Massen noch Illusionen in sie als demokratische Körperschaft haben und 2) obwohl sie nur zu einem Instrument der Konterrevolution taugt - die Massen könnten mit der Konstituante nur brechen, wenn sie ihre Erfahrungen mit ihr selbst machten. Wo führt, diese Logik hin? „Eine *Regierungslosung* muß dagegen (...) von dem ausgehen, was die Massen heute vertreten...“ (S. 33), sie müßte nach Ansicht dieser Genossen Ausdruck der Illusionen des Proletariats in verräterische Führungen sein!

Die Konstituante soll „Stellung“ beziehen. Warum nicht ihre Mehrheit? Warum nicht ihre stärkste Arbeiterpartei? Die konterrevolutionäre SP? Die Illusionen in die Konstituante müßten durch taktische Manöver zerstört werden. Etwa die in die SP nicht? Aus bloßer Angst vor den logischen Konsequenzen ihrer Position drehen diese Genossen ihre Argumentation, die sie zur Konstituante geführt hat, grundlos um, wenn es um die SP geht. Die Losung der Soares-Regierung, gestützt auf die Konstituante, sei falsch, 1) weil die SP ein Instrument der Konterrevolution sei und 2) obwohl die Massen noch Illusionen in sie hätten. Wer A sagt, sollte auch B sagen - statt Purzelbäume zu schlagen. Wer *jetzt* mit der Konstituante geht (auch wenn nur „taktisch“), muß („taktisch“) an der Seite von Soares stehen — die OCI hat die Konsequenz aus der SWP- und Scholl-Position gezogen.

Die trotzkistische Position zu Portugal

Unmittelbar nach dem 25. April 1974 haben wir (schon in den Mai-Ausgaben von *Workers Vanguard)* die politische Analyse vorgelegt, die es uns ermöglichte, eine kontinuierliche Propaganda trotzkistischer Positionen zu betreiben.

Wir gingen davon aus, daß in Portugal eine vorrevolutionäre Situation entstanden war, die anfänglich von einem Aufschwung der proletarischen Massenkämpfe um demokratische und ökonomische Forderungen gekennzeichnet war, die aber nicht das Niveau einer Doppelherrschaftssituation erreichten (die charakteristisch für eine revolutionäre Situation ist). Wir geißelten den Verrat vor allem der KP, die mit den bürgerlichen Militärs eine Volksfront eingegangen war. Um die Volksfrontillusionen zu bekämpfen, forderten wir von der KP den Bruch mit dem MFA. Unsere Propaganda konzentrierte sich auf die klassenunabhängige Organisierung des Proletariats, um den Kampf um die Macht in Angriff nehmen zu können.

Programmatisch setzten wir gegen die Volksfront demokratische Forderungen („unmittelbare Wahlen für die Konstituierende Versammlung“ und „sofortige und bedingungslose Unabhängigkeit der Kolonien“). Durch proletarische Klassenforderungen zielten wir auf eine Polarisierung der vorrevolutio-

nären Situation in Richtung auf eine Arbeiterregierung, d.h. eine portugiesische Sowjetrepublik:

- Arbeiterkontrolle
- entschädigungslose Enteignung der Industrie unter Arbeiterkontrolle
- Arbeiterkomitees vom Rätetypus
- Arbeitermilizen
- Soldaten- und Matrosenkomitees; Zersetzung der Armee
- nationale Zusammenfassung der demokratisch gewählten Streik- und Betriebskomitees in einem zentralen Rat.

In diesen Arbeiterkomitees sahen wir die Keime zukünftiger Sowjets als Basis der Arbeiterregierung, die den bürgerlichen Staat zerstört.

Wir betonten von Anbeginn an: dieses Programm (alles von uns dargelegt im Mai 1974) kann nur realisiert werden von einer portugiesischen trotzkistischen Partei als Sektion der wiederaufzubauenden Vierten Internationale.

Diese der trotzkistischen Programmatik entsprechende Linie ist dann von uns in *Workers Vanguard*-No. 48, 5. Juli 1974, systematisch entfaltet worden. Hierbei haben wir in unserer Propaganda deutlich gemacht, wie der Kampf für demokratische Forderungen eingebettet werden muß in den Kampf um die proletarische Macht (Arbeiterregierung).

In einer vorrevolutionären Situation langsamen Typus ist die Errichtung von Organen der Doppelmacht jederzeit möglich; die Langsamkeit lag begründet im Mangel an organisierter politischer Erfahrung des Proletariats, d.h. im Fehlen einer marxistischen Partei. Zwar hatte das portugiesische Proletariat der Bourgeoisie bei ihrem Manöver, die koloniale Afrikaorientierung aufzugeben und sich der EG anzuschließen, den Spinola-Weg einer kontrollierten Demokratie gaullistischer Art versperrt; aber dennoch waren die proletarischen Kämpfe beschränkten Charakters. Es galt, die Linke programmatisch zu bewaffnen (d.h. eine revolutionäre Umgruppierungspolitik zu betreiben), die Führungsorganisation einer trotzkistischen Partei als Schlüsselfrage zu stellen.

In den Mai- und Juni-Kämpfen des portugiesischen Proletariats war die Streikbrecherrolle der stalinistischen KP offensichtlich geworden; die KP profilierte sich als Garant von Ruhe und Ordnung des kapitalistischen Staates. Diese Klassenkollaboration traditioneller Führungen mußte als wichtigstes Hemmnis für die proletarische Klassenunabhängigkeit bekämpft werden. Als Hebel dazu mußte die Losung des Bruchs der KP mit den Militärs benutzt werden. Sie fand eine „Konkretisierung“ in durchaus demokratischen Forderungen; d.h. eine Politik der breiten Aktionseinheit, der Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Erkämpfung der vollen Freiheit der Presse, der Rede- und Vereinsfreiheit, des Versammlungs- und Streikrechts (verbunden mit der Verfolgung der Agenten des Salazarregimes). Die Mobilisierung des Proletariats zur Erfüllung dieser Forderungen führt zum revolutionären Kampf um Übergangsforderungen. Die Erkämpfung des vollen Streikrechts muß fortgeführt werden in der Besetzung der Fabriken, in der Fortführung der Produktion unter Arbeiterkontrolle. Hieraus ergibt sich notwendig die Organisierung der bewaffneten Selbstverteidigung der Arbeiter (Arbeitermilizen). Organisatorischer Hebel dieser proletarischen Massenbewegung müssen Streikkomitees, Arbeiterkommissionen, Betriebsräte, Fabrikkomitees usw. sein, d.h. proletarische Körperschaften, die demokratisch gewählt werden, die der Klasse verantwortlich und jederzeit abberufbar sind. Diese Kommissionen müssen den Kampf zentralisieren auf Forderungen, die Übergangscharakter haben:

- die gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit (30-Stunden-Woche bei gleichem Lohn, gleitende Skala der Löhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Verdoppelung des Minimallohnes)

— Offenlegung der Bücher und Arbeiterkontrolle

— entschädigungslose Enteignung der Banken, Industrie und Monopole unter Arbeiterkontrolle.

Die vielfältigen demokratischen Kommissionen der Arbeiter vom Rätetypus müssen ausgeweitet und organisatorisch zentralisiert werden. Entscheidend wird die Perspektive eines demokratischen nationalen Rats der Streikkomitees, Arbeiterkommissionen usw., der sich verbindet mit Soldaten- und Matrosenkomitees. Solch ein zentraler nationaler Rat wird zur alternativen Macht gegen die Regierung. Allein in einem solchen Arbeitersowjet haben wir die Keimform der portugiesischen Arbeiterregierung gesehen.

Diese revolutionäre Perspektive - so betonten wir von Anfang an — macht die Konfrontation mit der bürgerlichen Militärregierung unvermeidbar. Gegen ein Abenteurertum, das vorzeitige Kollisionen auslöst, propagierten wir den Weg, in geduldiger Einheitsfrontpolitik die Massen von den KP- und Intersindical-Führern, aber auch von der SP zu brechen. Hierzu waren — wie schon oben erwähnt — demokratische Forderungen ein wichtiger Hebel. Die Losungen „unmittelbare Wahlen für die Konstituierende Versammlung“ und „bedingungslose und sofortige Unabhängigkeit der Kolonien - sofortiger Abzug der Truppen aus Afrika“ dienten als Keil, um die Basis von den konterrevolutionären SP- und KP-Führern zu trennen. Hinzu kamen Losungen wie „Portugal raus aus der NATO

— Nieder mit dem Iberischen Pakt“.

Diese Linie bezeichnet die programmatischen Achsen unserer Propaganda. Wie wollen hier nur noch zusätzliche Akzente setzen, die aufgrund der konkreten Entwicklung in Portugal notwendig wurden (wir haben z.Zt. nicht die Absicht, eine Broschüre über die portugiesische Entwicklung vorzulegen

zumal unsere konkrete Entfaltung unserer Position in *Workers Vanguard* nachgelesen werden kann).

Die Wahl der Konstituante führte uns dazu, für einen sehr beschränkten Zeitraum (d.h. in *einer* Ausgabe von *WV*, siehe oben) die Losung der KP/SP-Regierung auszugeben, um die Forderung des Bruchs mit den bürgerlichen Parteien und dem MFA einen weiteren Ausdruck zu geben. Gleichzeitig setzten wir unsere Propaganda fort für eine Arbeiterregierung, basierend auf Sowjets (mit der Erläuterung des Weges zum nationalen portugiesischen Arbeitersowjet).

Die existierende ohnmächtige Konstituante verlor für unsere Propaganda an Bedeutung. Wir machen aus der Demokratie, aus der Konstituante keinen Fetisch, auch wenn wir stets bereit sind, im Kapitalismus gegen jede Abschaffung oder Einschränkung demokratischer Rechte zu kämpfen. Denn wir wissen, die Einschränkung der Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft wendet sich letztlich gegen die Arbeiterklasse. Von dieser Position aus haben wir zur *Republica*-Affäre Stellung bezogen und gleichzeitig die SWP angegriffen, die aufgrund ihrer Ignorierung des Klassencharakters der SP-Politik - d.h. ihrer Unterstützung der (bürgerlichen) Demokratie — in den Nachtrab der SP geraten ist. Schließlich hat die Entwicklung in Portugal im Sommer ein Tempo angenommen, in der die Frage der Konstituante als lebenskräftige Losung der Demokratie überholt wurde. Die Konstituante wurde - wie jede portugiesische Volksfrontregierung — ein Hort der Konterrevolution.

Die konterrevolutionäre SP-Mobilsierung führte bei den Militärs zu einer scharfen Wendung nach rechts. Gleichzeitig haben die kampfbereiten Teile des Proletariats eine deutliche Linkswendung vollzogen, ihre Vorhut fordert Waffen; die Zersetzung der bürgerlichen bewaffneten Formationen durch Soldatenkomitees, die gegen die Kommandostruktur handeln, schreitet voran. In dieser Situation muß der Kampf für unabhängige Organe der Arbeitermacht forciert werden (vgl. Lenins Position nach den Juli-Tagen, s.o.). Die kampfbereite Arbeiterklasse muß ihre erste Aufgabe in der Niederschlagung der reaktionären Kräfte sehen,

„Die Drohung eines Blutbades an den entwickeltsten Elementen des portugiesischen Proletariats wird gegeben durch den Griff der rechten Offiziere zur Macht. Das muß von jedem klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Militanten bekämpft werden. Das bedeutet Kampf für die Entwicklung und Ausweitung der Organe der Doppelmacht - Arbeiter- und Soldatenkomitees, Arbeitermilizen, Arbeiterräte — und ihre Zusammenfassung in einem nationalen Sowjet, der als Basis für die Arbeiterregierung dienen würde und dessen erste Aufgabe die Zerschlagung der reaktionären Kräfte wäre. Darüberhinaus ist der Kampf für Sowjets *untrennbar* verbunden mit dem Kampf zur Zerstörung der Illusionen der Arbeiter in den MFA und in die sogenannten progressiven[1] Offiziere wie Gongalves sowie zur Zerstörung des politischen Einflusses der reformistischen Arbeiterparteien, besonders der stalinistischen KP und der sozialdemokratischen SP, die in verräterischer Weise das Proletariat an seinen Klassenfeind durch wiederholte Volksfrontkoalitionen gebunden haben.

Aber gegenwärtig würde die marxistische Avantgarde auch einen militärischen Block zeitweise mit den Stalinisten, anderen Arbeiterparteien und sogar Offizieren des MFA suchen, die bereit sind, gegen den Versuch der rechten Offiziere, ihre Macht zu konsolidieren, zu kämpfen“ (*Workers Vanguard*, No. 76,12. September 1975).

Ein militärischer Block für den gemeinsamen militärischen Kampf gegen die reaktionäre Mobilisierung ist grundverschieden von einer politischen Unterstützung, wie sie der Block vom 25. August der Gongalves Regierung gab (wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, daß der Spartacusbund in seinen ZK-Thesen über Portugal vom 23. August 1975 die wesentliche Unterscheidung von politischer Unterstützung und militärischem Block akzeptiert hat; allerdings gibt er der MPLA in Angola politische Unterstützung! Unsere Position zu Angola siehe u.a.: *Young Spartacus* No. 35, September 1975). Es sollte klar sein: Bei einer militärischen Konfrontation in Portugal stehen die Kräfte der Konstituante und die revolutionären Kräfte auf den entgegengesetzten Seiten der Barrikaden!

Genossen des Spartacusbundes, die feindlichen Parteien des VS wissen, daß sie in Portugal auf der jeweils anderen Seite stehen (siehe unseren Bericht über die diesjährige SWP- Nationalkonferenz in: *Workers Vanguard* No. 77, 19. September 1975). Wir wollen Euch mit diesem Brief davor warnen, daß es bei Euch Tendenzen gibt, die auf der falschen Seite stehen könnten.

Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!
Zentralkomitee der Trotzkistischen Liga Deutschlands